

ROT FUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Ein moralischer Riese

Wer die Welt aus dem Blickwinkel der Bourgeoisie betrachtet, hält den Vorgang für unglaublich: Der einfache cubanische Arbeiter Juan Miguel González hat allen Verlockungen, allen Angeboten, aller Erpressung widerstanden und ist mit seinem Sohn - dem sechsjährigen Elián - nach Havanna zurückgekehrt. Ein halbes Jahr lang haben ein ganzes Volk und seine Führung um diesen „Flüchtlingsjungen“ gekämpft und schließlich seine Freilassung durch die USA, wo die Vernunft am Ende über den Irrsinn siegte, ertrotzt. Seit Monaten war Eliáns Vater mit seiner zweiten Frau und dem Halbbruder des Zurückgehaltene in Washington, schlug sich dort gegen Gerichtsurteile und den Terror nach Miami geflohener Verwandter. In dieser Zeit wurden ihm, wie die USA-Presse berichtete, zwei Millionen Dollar geboten, wenn er aufgebe und in den Vereinigten Staaten bleibe. Es war eine Schlacht zwischen Geld und Gewissen. Juan Miguel González ließ sich nicht kaufen, nicht auf die Seite der Feinde seines Landes ziehen. Um keinen Preis der Welt. Statt eines sorgenfreien Lebens im Kapitalismus entschied er sich für die Mühen und Entbehrungen im sozialistischen Cuba. Als er mit dem Sohn zurückkam, nannte ihn Fidel Castro einen „moralischen Riesen“.

Was hat dem einfachen Cubaner eine solche Kraft verliehen? Wie konnte er auf dem Posten, auf den ihn die Ereignisse gestellt hatten, ein solches Maß an Größe und Integrität erlangen? Was macht ihn zum sittlichen Maßstab für ein ganzes Volk, für Millionen in aller Welt?

Juan Miguel González, den Castro jetzt mit dem höchsten Orden Cubas auszeichnete, ist Kommunist. Ein Kommunist „aus besonderem Material“. Er ist keiner von denen, die nur die rote Fahne schwingen oder vorgestanzte Worte wiederholen können. Er denkt und weiß, er fühlt und kämpft. Er besitzt nicht nur ein Parteibuch, sondern er lebt auch das Leben eines Kommunisten. Und damit wären wir beim Thema:

Der Spanienkämpfer und Berufsrevolutionär Fritz Rettmann, der schon lange in Friedrichsfelde liegt, hat mir einmal gesagt: „Immer habe ich mich mit Politik beschäftigt. Dabei bin ich zu dem Ergebnis gelangt: Erst kommt der Mensch, dann der

Kommunist. Mit anderen Worten: Wer kein ganzer Mensch ist, kann auch kein ganzer Kommunist sein. Die Beziehungen zwischen den Genossen, das ist es, was zählt. Dort, wo sie fehlen, verkümmert der Rest.“ Echte Kommunisten sind immer ehrliche, hilfsbereite, freundliche, saubere Menschen gewesen. Oder sie wollten es zumindest sein, ohne ihr Ziel - durch die widrigen Umstände - so zu erreichen, wie sie es sich gewünscht hätten. Im Frühjahr 1950 schrieb mir Ernst Busch, mit dem ich damals in derselben Wohngruppe der Partei war, die Worte Brechts in ein Buch von Bredel: „Gedenkt, wenn ihr von unseren Schwächen sprecht, auch der finsternen Zeit, der ihr entronnen seid ...“ Ja, auch der Haß auf die Niedrigkeit und der Zorn über das Unrecht entstehen die Züge und machen die Stimme heiser.

Was nützen uns die flammendsten Bekenntnisse, die rastloseste Umtriebigkeit, die schönsten Parolen und die leidenschaftlichsten Appelle, wenn die „Chemie“ unter den Genossen nicht stimmt? Wenn kleinlicher Neid, ärmliche Intrigen, falsche Ambitionen, wenn Brunnenvergiftung und Ehrabschneiderei die menschlichen Beziehungen unterlaufen?

Fritz Rettmann hat recht: Das Wichtigste ist, daß ein Kommunist durch sein Verhalten und seine Ausstrahlung, durch sein Denken und Fühlen, durch seine menschliche Wärme, durch sein Zugehen auf die anderen und durch sein Zupacken bei der gemeinsamen Arbeit schon ein „Stückchen vom Kommunismus“ vorwegnimmt. Haben wir nicht manchmal in der DDR alles geprüft, was - wie wir glaubten - zu prüfen war: die soziale Herkunft, die politische Entwicklung, das Verhalten an bestimmten Tagen, das Fehlen von Kontakten nach „drüben“? Ist es uns aber immer gelungen, auch das Entscheidende im Blick zu behalten: den Charakter, die Persönlichkeit, das menschliche Kaliber?

Wie ich dazu gekommen bin, ein solches Plädoyer zu halten? Der „moralische Riese“ Juan Miguel González hat mir die Feder geführt. Seine Größe ist das Maß, an dem wir die Dinge messen müssen. Als Menschen und als Kommunisten, damit beides eins ist.

Klaus Steiniger



Ein moralischer Riese	S. 1
Putin allein auf der Treppe von Treptow	S. 2
Moskau wiedererlebt * Exklusivinterview mit Armeegeneral a.D. Heinz Keßler	S. 3
Erst Aktion, dann Orientierung?	S. 4
Über taktische Schritte und prinzipielle Haltungen	S. 5
Das Füllhorn der Georg Fülberth	S. 6
Handlamp', Kopflamp', blanke Lamp'	S. 7
Ein Wort zur Eigentümerdebatte	S. 8
Vom Gemüt eines Korkens	S. 8
Lenin über die Einheitsfronttaktik	S. 9
Hohes Maß an Geschlossenheit	S. 10
Nüchterne Vergleiche	S. 11
3. Internationales Treffen in Athen	S. 12
Ein Aggressionspakt von Anfang an	S. 13
Probleme des 5. Kontinents	S. 14
Eine durchdachte Idee?	S. 15
Über Wunder und Wunden	S. 16
Auf Bagdads Basar * Reporterskizzen (26)	S. 17
Huldigung für Heinkel	S. 18
Am Rande bemerkt	S. 19
Ist Gregor Gysi bibelfest?	S. 20
Leserbriefe	S. 21
Termine & Infos	S. 24

Ein Staatsgast aus Moskau in Deutschland

Putin allein auf der Treppe von Treptow

Gemeinhin legt ein ausländischer Staatsgast bei seinem Besuch am Grabmal gefallener Soldaten einen Kranz nieder. Die Deutsche Demokratische Republik hatte unter den Linden Schinkels Neue Wache mit Erde aus allen Konzentrationslagern und von allen europäischen Schlachtfeldern zu einer würdigen Stätte der Ehrung und des Gedenkens gestaltet. Unzählige Staatsmänner aus Ost und West haben dort Blumen und Kränze niedergelegt. Aber der Doktor der Geschichte Helmut Kohl hat diesen Ort verunstaltet, indem er die „Gedenkstätte für die Opfer des Militarismus und Faschismus“ sogenannten Opfern einer „Gewaltherrschaft“ widmete; Gedenken also der Opfer und der Täter. Deshalb schritt Rußlands Präsident Wladimir Putin in Treptow die Stufen zur Krypta des Ehrenmals hinauf und legte seinen Kranz zu Ehren der Befreier Berlins dort nieder. Den Staatsgast aus Moskau begleitete ein (1) Protokollbeamter der deutschen Regierung. Fast zur gleichen Zeit wurde das Mahnmal für gefallene sowjetische Soldaten in Frankfurt an der Oder mit Hakenkreuzen und SS-Runen besudelt.

Es waren die Tage des Gedenkens an den 55. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus - dieser Ausgeburd des deutschen

Imperialismus. So wurde er natürlich von staatswegen nicht gefeiert. Man beging vielmehr die Befreiung aus den Konzentrationslagern und ließ den Staatsakt in der Berliner Synagoge stattfinden.

Die Befreiung hat die Sowjetunion 27 Millionen Menschenleben gekostet; mehr als drei Millionen Rotarmisten kamen in deutscher Kriegsgefangenschaft zu Tode - durch Hunger, Siechtum und Mord. Die geplante Ausrottung ganzer Völker, vor allem slawischer, wurde durch den Sieg verhindert. Befreiung brachte dieser Tag tausenden und abertausenden Kommunisten, Sozialdemokraten, bürgerlichen Antifaschisten und Christen aus den Zuchthäusern und Lagern. Buchenwald befreite sich selbst; die Häftlinge übergaben den Amerikanern Tage später die entwaffneten faschistischen Wachen. Das allerdings fand am Tag der Befreiung in keiner der Feiertagsreden statt, schon gar nicht bei Herrn Knigge, dem neuen Buchenwald-Direktor aus dem Westen; genauso wenig widerspiegelt es sich in den Arbeiten heutiger „Historiker-Experten“, die nun mit der „Findung der Wahrheit“ beschäftigt sind. Die Befreier Sachsenhausens wurden mit keinem Wort erwähnt ...

Wladimir Putin nun soll - der hiesigen Journalie zufolge - bei seinem Deutschland-Besuch „in ein fremdes Land zurückgekehrt“ sein. Er hat drei Deutschlands kennengelernt: Das räuberische, das seine Heimat verwüstet hat; das antifaschistische, von dem nie wieder Krieg ausgehen sollte; und nun eine Republik, die Mitglied eines Kriegspaktes gegen den früheren Verbündeten im Antihitlerbündnis ist und sich führend am dritten Krieg im 20. Jahrhundert gegen Jugoslawien beteiligte. In dieses dritte Deutschland kam er, wie die führende Meinungsbildungsmaschine, der „Spiegel“, den Gast begrüßte, als „Ex-Spion“ (ob das Augstein-Blatt amerikanische Präsidenten und Ex-FBI-Spitzel oder CIA-Chefs wie Reagan und Bush auch so begrüßen würde?). Der Staatsgast aus der durch Deutsche zur Ader gelassenen früheren Sowjetunion mußte die Treppe von Treptow allein emporsteigen und wurde lautstark dafür kritisiert, daß er einer neuerlichen Zerstückelung seines Staates mit aller Staatsgewalt entgegentritt. Doch Schröder hat ihn - sollte das ein Trostpflaster sein? - „als Europäer erkannt“.

Ich weiß nicht, wer Putin ist und wohin er steuert. Aber seine Erfahrungen mit den „deutschen Europäern“ wird er gewiß nicht vergessen. Die alberne „Strickjacken-Freundschaft“ seines Vorgängers mit „Germut“, die heuchlerische „Offenheit in der gemeinsamen Sauna“ fielen aus. Zu einem „Du“ mit Schröder reichte es vorerst nicht, auch wenn ein privater Silvesterbesuch in Moskau vereinbart worden sein soll. Diesmal begegnete Putin der Ignoranz, der verlogenen Feindse-

ligkeit der Medien und der aggressiven Überheblichkeit deutscher Diplomaten, die seit Bismarcks Tagen nichts hinzugelernt haben - trotz des pompösen Berliner Neubaus, der errichtet wurde, damit das einstige Gebäude des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands verdeckt wird - ein Haus, von dem Frieden und Völkerverfreundschaft ausgingen.

Werden 40 Jahre DDR nur eine Episode in den deutsch-russischen Beziehungen bleiben? Vielleicht brauchte Deutschland heute wenigstens einen Außenminister wie Walter Rathenau, der ein besserer Kanzlerberater wäre als Fischer. Man sollte einem Staatsgast aus Moskau die Achtung entgegenbringen, die sein Land und dessen Völker verdienen. Man sollte dem anderen mit Würde, Ehrlichkeit und Bescheidenheit begegnen. Damit ein Staatsgast aus Rußland nicht noch einmal die Stufen zur Krypta in Treptow allein hinaufschreiten muß, um die zu ehren, die für die Befreiung Berlins, eines großen Teils Deutschlands und Europas ihr Leben gaben. Und auch für die Beendigung einer historischen deutschen Schande.

Karl-Eduard von Schnitzler

Die „Prawda“ berichtet:

„Eiserner Feliks“ muß wieder her!

Die Mitglieder der Organisation „Klub der Veteranen der Staatssicherheit“ haben sich an den russischen Präsidenten W. Putin, den Direktor des Föderalen Sicherheitsrates N. Patruschew und den Oberbürgermeister von Moskau J. Lushkow mit dem Appell gewandt, das Denkmal von Feliks Dzierzynski wieder auf den Lubjanski-Platz in Moskau zurückkehren zu lassen. In dem Schreiben heißt es: „Schon fast zehn Jahre müssen die Moskauer und ihre Gäste ohne das Denkmal von Feliks Dzierzynski auskommen. Es ist das Monument für einen Menschen, der in die Geschichte des Landes als erster Leiter der Organe der Staatssicherheit eingegangen ist, als Symbol des Kampfes gegen das Verbrechen in Rußland. Das ist unabhängig von den politischen Veränderungen! Nach Meinung der Tschekisten-Veteranen, der Veteranen der Streitkräfte und eines bedeutenden Teils der Bevölkerung muß das Denkmal unbedingt an seinen früheren Platz zurückkehren ... Der Klub der Veteranen der Staatssicherheit ist bereit, alle Ausgaben zu übernehmen, die mit der Wiedererrichtung des Denkmals von Feliks Dzierzynski verbunden sind.“

*Veröffentlicht in der Ausgabe
vom 20./21. 6. 2000*

Übersetzung: Eberhard Bock



Putin bei seinem einsamen Gang

Exklusiv-Interview mit Armeegeneral a. D. Heinz Kefler

Moskau wiedererlebt

RF: Genosse Kefler, Du warst aus Anlaß des 55. Jahrestages des Sieges über das faschistische Deutschland vom Verband der Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges gemeinsam mit Generaloberst a. D. Fritz Streletz und Generaloberst a. D. Horst Stechbarth zu den Feierlichkeiten nach Moskau eingeladen. Welche Gefühle bewegten Dich, nach elf Jahren wieder dort zu sein und alte Freunde zu treffen?

H. K.: Wir waren gespannt und nicht ohne Zweifel, wie sich die weltpolitischen Veränderungen - schließlich existiert die Sowjetunion nicht mehr und wir sind, wenn auch ungewollt, Bürger eines NATO-Staates - auf unseren Empfang und die zu erwartenden Begegnungen auswirken würden. Wir wurden freundlich willkommen geheißen. Der Empfang übertraf bei weitem unsere Erwartungen. Man betreute uns sehr aufmerksam. Überall spürten wir die gleiche herzliche und freundschaftliche Atmosphäre, wie sie uns einst als Waffenbrüder im sozialistischen Verteidigungsbündnis umgab.

R. F. Du bist von führenden Militärs und Politikern empfangen worden. Was gibt es da zu berichten?

H. K.: Ich möchte aus der Vielfalt des Erlebten, zu dem u. a. der Staatsempfang durch Präsident Putin im Großen Kreml-Saal, die Ehrenparade auf dem Roten Platz und der festliche Empfang für die ausländischen Delegationen im Goldenen Saal des Hotels Rossija gehörten, zwei Begegnungen hervorheben. Wir wurden von Verteidigungsminister Marschall Sergejew und vom Moskauer Oberbürgermeister Lushkow empfangen. Sergejew begrüßte uns als frühere Waffenbrüder des Warschauer Vertrages, die 40 Jahre gemeinsam mit der Sowjetunion einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Europa und der Welt geleistet haben. Er wandte sich gegen die Verfälschung der Geschichte und erinnerte daran, daß die UdSSR die Hauptlast bei der Befreiung der Völker Europas von der deutschen faschistischen Okkupation getragen und unermessliche Opfer gebracht hat. Er äußerte sich besorgt über die Gefahren, die von der NATO-Osterweiterung ausgehen, verwies auf den Krieg der NATO unter USA-Führung gegen Jugoslawien und erklärte, daß trotz ökonomischer Schwierigkeiten die

Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft der russischen Armee auf dem erforderlichen Niveau gehalten werden müsse, um eine friedliche Entwicklung des Landes zu gewährleisten.

Lushkow äußerte sich kritisch zur Politik von Gorbatschow und Jelzin, die Rußland so weit zurückgeworfen habe, daß es mehrerer Jahrzehnte angestrengter Arbeit des ganzen Volkes bedürfe, um den eingetretenen Rückstand aufzuholen. Er bezeichnete das Verhalten der Sowjetunion unter Gorbatschow gegenüber der DDR als verräterisch und die von ihm zu verantwortende Auslieferung Erich Honeckers an die BRD-Justiz als beschämend und schändlich. Der Kampf gegen den Terrorismus und das Ringen um die staatliche Einheit Rußlands seien gegenwärtig zwei Hauptaufgaben. Unter Hinweis auf Erfolge in der Hauptstadt (Wirtschaftswachstum 1999 von 8 %, offizielle Arbeitslosenrate von 0,75 %), in der die soziale Absicherung und medizinische Betreuung von Kriegsveteranen großzügig geregelt ist, wünschte er Rußland insgesamt den gleichen Fortschritt, damit es in der Weltpolitik wieder einen geachteten Platz einnehmen könne, der ihm aufgrund seiner geschichtlichen Leistung gebühre.

Lushkow nannte den unter Jelzin begonnenen Tschetschenien-Krieg einen Fehler. Aus seiner Sicht hätten die völlige Abriegelung der Grenzen und des Luftraumes, die Verhinderung des Einsickerns von Waffen, Nachschub und Personen sowie die Mobilisierung integrativer Kräfte zur Lösung der Probleme eher beigetragen, als nun einen möglicherweise langwierigen Partisanenkrieg in Kauf zu nehmen.

R. F.: Die Jelzin-Ära ist vorüber. Doch Jelzins Wunschkandidat Wladimir Putin wurde Präsident der Russischen Föderation. Welche Meinungen, Erwartungen und vielleicht auch Illusionen werden mit seiner Präsidentschaft verbunden?

H. K.: Einhellig sagten uns Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit denen wir sprachen, Putin sei nicht Jelzin. Mit seiner Präsidentschaft verbinden viele die Hoffnung, daß er den Zerfall der Russischen Föderation stoppen und die zugespitzten sozialen Probleme einer Lösung zuführen kann; daß der unter Jelzin betriebene Ausverkauf Rußlands und dessen weiteres Absinken auf das Niveau eines Dritte-Welt-Landes beendet werden.

Wir konnten feststellen, daß sowohl den sowjetischen Marschällen und Generälen als auch den Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges jetzt Achtung entgegengebracht wird. Offensichtlich will man in dieser Hinsicht an die historischen Leistungen, die die Völker der Sowjetunion beim sozialistischen Aufbau und besonders während des Zweiten Weltkrieges vollbracht haben, psychologisch anknüpfen.

R. F.: Es war sicherlich kein Geheimnis, daß Du, Fritz Streletz und andere hohe DDR-Militärs von der BRD-Justiz zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt und ins Gefängnis geworfen wurden. Hat das bei den Gesprächen eine Rolle gespielt?

H. K.: Unsere Anwesenheit bei den Feierlichkeiten in Moskau hat dazu beigetragen, die Erinnerung an die DDR und die Waffenbrüderschaft zwischen NVA und Sowjetarmee wachzuhalten. Wir vermittelten die Tatsachen der politischen Verfolgung, Inhaftierung und Diskriminierung von Militärs und anderen Verantwortung tragenden Bürgern der DDR durch die BRD-Justiz einem breiten Kreis russischer Militärs. Sie konnten sich zugleich davon überzeugen, daß unsere kommunistische und internationalistische Grundhaltung, unsere politische Verlässlichkeit und die Freundschaft zur Sowjetunion bzw. zu Rußland im ant imperialistischen Kampf trotz der erlittenen ungerechten Bestrafung unverrückbar sind. In einer Aussprache mit hochrangigen Militärs, die sich übrigens hinsichtlich der BRD-Politik gegenüber Rußland keinen Illusionen hingeben, informierten wir über die Folgen der sogenannten Vereinigung Deutschlands für die Angehörigen der NVA und der Grenztruppen. Dabei verhehlten wir nicht unsere Enttäuschung über die Passivität der sowjetischen Waffenbrüder zu Beginn der 90er Jahre. Die anwesenden Militärs stimmten unserer kritischen Einschätzung zu und entschuldigten sich für ihr damaliges Verhalten, das sie mit objektiven und subjektiven Gründen erklärten. Den Brief von Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges, darunter zwei Oberkommandierenden der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, den Armeegenerälen Snetkow und Saizew, an Bundespräsident Johannes Rau sehen wir im Zusammenhang mit den von uns geführten Gesprächen.

Interview: Hartwig Strohschein

Was die Klassiker über die Pflicht von Führern dachten

Erst Aktion, dann Orientierung?

Genossen, die nicht Delegierte des 15. Parteitages waren und denen die programmatische Orientierung der DKP am Herzen liegt, die von diesem wichtigen Ereignis im Leben der Partei ausgeht, warten seit Anfang Juni gespannt auf das Dokument „DKP - Partei der Arbeiterklasse“. Das ist auch nicht verwunderlich, denn alle Mitglieder waren aufgefordert, den Entwurf zu diskutieren und Änderungsanträge einzureichen. Der „RotFuchs“ vom Juni enthielt aufschlußreiche und inhaltlich anregende Beiträge zur Auswertung des 15. Parteitages (der Sache nach etwa S. 2-10).

Anfang Mai waren nahezu 100 Anträge eingegangen, was von einer beachtlichen und erfreulichen Mitwirkung der Mitglieder, Gruppen und Organisationen der DKP zeugte. In dem Antrag Nr. 8 - er kam von uns aus Thüringen - war dem Parteitag vorgeschlagen worden, folgenden Passus ziemlich weit vorn in den Abschnitt „Der heutige Imperialismus als Herausforderung“ einzufügen: „Die mit der Oktoberrevolution 1917 in Rußland eingeleitete weltgeschichtliche Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und des Kampfes zwischen den beiden Weltsystemen hat mit den konterrevolutionären Veränderungen 1989/91 in regionaler, zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht einschneidende Rückschläge erfahren; sie wurde damit jedoch nicht aus der Welt geschafft. Jahrzehntlang wurde im Bündnis mit der KPdSU und der UdSSR der - weltweit nicht schlechteste - praktische Beweis auch im Geburtsland von Marx und Engels dafür erbracht, daß ein weltgeschichtlich qualitativ neuer, ein sozialistischer Gesellschaftszustand real möglich ist, wenn die in opferreichen Kämpfen als Erfahrungen gewonnenen und 1957 in Moskau zum ersten Mal von Vertretern der kommunistischen Weltbewegung formulierten allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft schöpferisch berücksichtigt und angewandt werden.“

Nachdem bis 1989 in der UdSSR und in den europäischen Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe der Weg zum Sozialismus beschritten worden war, kann dort nicht ohne weiteres zur kapitalistischen Gesellschaftsform zurückgekehrt werden. Das hängt selbstverständlich auch von der Bewußtheit und Organisiertheit der vorhandenen revolutionären Kräfte ab, zu denen seitens der DKP in solidarischen Geist ein intensiver Erfahrungsaustausch zu entwickeln ist.

Besonders komplizierte und weltweit einmalige Umformungsprozesse der Sozial-

struktur und des gesamten gesellschaftlichen Lebens vollziehen sich im Osten Deutschlands. Es wird eine wichtige Aufgabe der DKP sein, die hier seit 1989 vor sich gehenden Prozesse unter zielstrebigster Nutzung der Erfahrungen aussagefähiger politischer Kräfte der DDR, des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden, gründlich zu analysieren und zu berücksichtigen.“ Eine Kommission hatte im Vorfeld des Parteitages mehrheitlich empfohlen, unseren Antrag nicht zur Debatte zu stellen. Wie Delegierte berichteten, wurde dann aber dank des Einsatzes des Genossen Hans Heinz Holz und mit Unterstützung des Genossen Robert Steigerwald eine gekürzte Fassung mit Mehrheitsvotum angenommen.

Soweit zu diesem Vorgang. Es geht hier nicht um Mimosenhaftigkeit, kleinbürgerliche Eitelkeit, Rechthaberei oder gar den Streit um Worte! Es geht um Inhalte, um die kollektive, dialektisch-materialistische Bewertung der Substanz der Umwälzungsprozesse, die sich im 20. Jahrhundert vollzogen haben. In Abhängigkeit davon, wie unvoreingenommen, sachlich und tiefgründig diese Wertung ausfällt, ist es möglich oder nicht, strategische und taktische Orientierungen realistischer Natur zu erarbeiten und der Öffentlichkeit vorzulegen.

Nur mit Hilfe von präzisen Antworten auf Fragen, die Werktätige mit und ohne Arbeitsplatz (darunter junge, ohne die die Bewegung aussterben würde), aber auch die nun betagten Vorkämpfer der sozialistischen Gesellschaft stellen, können weitere Mitstreiter für die DKP gewonnen werden. Wer umgekehrt meint, erst die Mitgliederzahl erhöhen und Aktionen starten zu wollen, um sich anschließend inhaltlichen Orientierungen zuzuwenden, wird nie ans Ziel gelangen. Nicht zuletzt hat mir das die Leserschrift des Genossen Dr. sc. Sigmar Eßbach in RF Nr. 29 verdeutlicht.

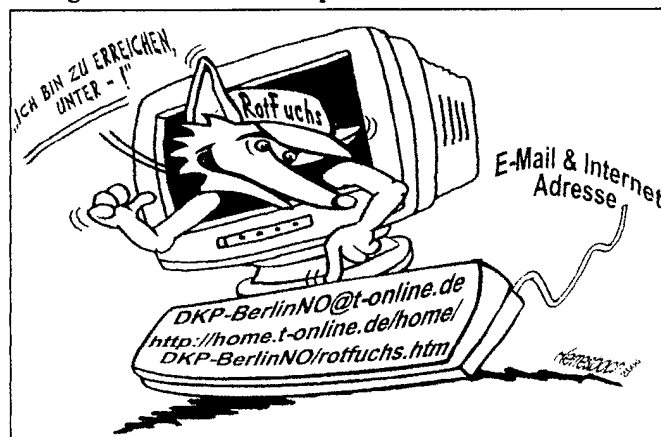
Es geht um unsere „öffentlich aufgepflanzte Fahne, und die Außenwelt beurteilt danach die Partei“, wie Friedrich Engels 1875 in einem Brief an August Bebel erläuterte (MEW 34, S. 130). Etwa ein Jahr zuvor hatte Engels auf folgende praktische Erfahrung verweisen können: Eine revolutionäre Partei macht Fortschritte, wenn „der Kampf nach seinen drei Seiten hin - nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die

Kapitalisten) - im Einklang und Zusammenhang und planmäßig geführt“ wird. „In diesem sozusagen konzentrischen Angriff liegt gerade die Stärke und Unbesiegbarkeit der deutschen Bewegung.“ Und: Es werde „namentlich die Pflicht der Führer sein, sich über alle theoretischen Fragen mehr und mehr aufzuklären, sich mehr und mehr von dem Einfluß überkommener, der alten Weltanschauung angehöriger Phrasen zu befreien und stets im Auge zu behalten, daß der Sozialismus, seitdem er eine Wissenschaft geworden, auch wie eine Wissenschaft betrieben, d. h. studiert werden will.“ (MEW 18, S. 516/517)

Das gleiche Problem erkannte Lenin 1902, fünf Jahre nach der Gründung der SDAPR, in seinem Werk „Was tun?“: „Und wirklich, bisher scheint niemand daran gezweifelt zu haben, daß die Stärke der heutigen Bewegung im Erwachen der Massen (und vor allem des Industrieproletariats) besteht, ihre Schwäche aber im Mangel an Bewußtheit und Initiative bei den revolutionären Führern.“ (LW 5, S. 383/384)

Wenn die DKP im Osten weiter an Einfluß gewinnen und Interessenvertreter von Werktätigen und Jugendlichen und damit eine neue gesamtdeutsche Partei werden will, muß sie m. E. eine fundamentale Tatsache beachten: Es gibt dort (aber auch in den alten Bundesländern) zahlreiche Bürger, die - bekräftigt durch die praktischen Erfahrungen während des jüngsten Jahrzehnts - theoretisch weit fundiertere Positionen zu Problemen der gesellschaftlichen Entwicklung besitzen, als sie z. B. mit den „Sozialismus-Vorstellungen“ oder in dem genannten Dokument „DKP - Partei der Arbeiterklasse“ der Öffentlichkeit vorgestellt worden sind. Diese Lücke muß geschlossen werden. Im gemeinsamen, auf die Sache orientierten Ringen von jungen und älteren Genossen aus Ost und West - und zwar mit wie ohne Leitungsaufgabe - sollte da nach dem 15. Parteitag doch einiges zu machen sein.

Eike Kopf



Warum wir den Begriff Marxismus-Leninismus nicht aufgeben dürfen

Über taktische Schritte und prinzipielle Haltungen

Die unter dem Begriff „Marxismus-Leninismus-Debatte“ in der DKP geführte Diskussion ist Teil der Auseinandersetzung über Positionspapiere des Parteivorstandes und des damit verbundenen Ringens um theoretische Klarheit. Dabei geht es um die Ziele der Partei, die Geschichte der kommunistischen Bewegung und die Rolle einer KP unter den heutigen Bedingungen. Der „RotFuchs“ hat sich aktiv, kämpferisch und auf hohem theoretischen Niveau daran beteiligt. Seine Einschätzungen haben unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen.

Auch Genosse Georg Polikeit hat sich in der UZ vom 2. Juni zu dieser Thematik geäußert. Er ist mir als ein hochverdienter Funktionär der DKP, besonders als Chefredakteur der früher als Tageszeitung erschienenen UZ bekannt und in guter Erinnerung. Sein Beitrag unterscheidet sich - nicht zuletzt in Ton und Stil - von vorangegangenen Wortmeldungen. Nicht wenig kann ich zustimmen, anderem muß ich mich verschließen.

Es geht bei der Debatte nicht nur um Begriffe, obwohl es in diesen Zeiten gefährlicher Verwirrung besonders wichtig ist, die „Aufweichung der Begriffe“, wie H. H. Holz es nennt, zu bekämpfen. Dabei handelt es sich keineswegs nur um einen korrekten Sprachgebrauch. Die Auseinandersetzung dreht sich um prinzipielle Inhalte. Ich gehöre zu denen, die für den Begriff Marxismus-Leninismus und seine Anwendung streiten. Er ist eine Epoche-Kategorie, und es gibt durchaus einen wesentlichen Unterschied zu der gegenwärtig in der Partei gebräuchlichen Formulierung. Lenin ist nicht ein marxistischer Theoretiker unter anderen. Er hat mit seinem Gesamtwerk den Marxismus weiterentwickelt und in die Praxis umgesetzt. Seine meisterhafte Analyse des Imperialismus, die durch ihn erarbeiteten theoretischen Grundlagen der Strategie und Taktik der kommunistischen Bewegung unter neuen Bedingungen, seine Arbeiten zum Charakter einer kommunistischen Partei in dieser Epoche sowie seine geniale Rolle in der Oktoberrevolution und beim Aufbau des Sozialismus berechtigen uns dazu, vom Leninismus zu sprechen. Das ist keineswegs eine Herabminderung der Leistungen anderer hervorragender Köpfe des Marxismus.

Die Kommunistische Internationale hat den Begriff Leninismus, wie G. Polikeit richtig feststellt, eingeführt, wenn auch nicht aus den von ihm genannten Gründen. Bedeutende marxistische Theoretiker wie A. Gramsci haben ihn bewußt gebraucht und

verteidigt. Das ist die richtige Ebene für die Diskussion über dieses Thema. Da greift das „Argument“ G. Polikeits, Lenin habe selbst nie vom Leninismus gesprochen, doch etwas zu kurz. Hat sich Marx je des Wortes „Marxismus“ bedient?

Nachvollziehbar ist von Genossen Polikeit dargestellt worden, warum die DKP bei der Ausarbeitung ihrer Programme (1969/78) die Formulierung „Theorie von Marx, Engels und Lenin“ gewählt hat. Es geschah angesichts repressiven Drucks und unter Berücksichtigung der Wortwahl im KPD-Verbotsurteil vom August 1956. Seitdem ist fast ein halbes Jahrhundert vergangen. So wirkt es auf mich unverständlich, daß eine aus taktischer Vorsicht getroffene Entscheidung von damals heute der Rang einer ideologischen „Grundposition“ eingeräumt wird. Wenn die Dinge - wie bei Polikeit - so dargestellt werden, als hätte sich die DKP damit sozusagen schon immer auf dem erforderlichen „theoretischen Niveau“ befunden, dann melde ich Zweifel an. Hinzu kommt, daß der Begriff Marxismus-Leninismus mit einer „negativen Traditionslinie“, mit „Sektierertum“ und „linkem Radikalismus“ in Verbindung gebracht wird. G. Polikeit tut es leider auch. Man muß zwischen dem Wesen einer Theorie und bei ihrer praktischen Umsetzung aufgetretenen negativen Erscheinungen unterscheiden!

Es ist an der Zeit, daß wir als Kommunisten der Gefahr widerstehen, in durchaus ehrlich gemeinter kritischer Absicht und in dem Glauben, unserem Schiff dadurch wieder mehr Fahrt zu verleihen, Kernstücke der eigenen Geschichte und Identität über Bord zu werfen. Beim Lesen des hochinteressanten Buches kubanischer Genossen „Imperialismus heute“ fand ich folgenden Satz: „Mit einer Geschwindigkeit, die durch die Praxis jede Voraussicht überholt, hat die Geschichte dem revolutionärem Denken die Aufgabe gestellt, der an Sadismus und Masochismus grenzenden wütenden und opportunistischen Selbstzerfleischung der historischen Erfahrungen des Sozialismus Einhalt zu gebieten“. Dem kann man nur zustimmen.

Was Georg Polikeit zur Rolle des Marxismus-Leninismus in der Entwicklung der SED bemerkt, erscheint mir verkürzt und zu pauschal. Er stellt die Erklärung der KPD vom Juni 1945 und das Gründungsdokument der SED von 1946, in denen verständlicherweise der Begriff noch nicht gebraucht wurde, der Programmatik später Jahre gegenüber. Eine differenzierte Betrachtung der Gründe unterbleibt. Solches Herangehen halte ich für unzulässig

und daraus abgeleitete „Argumente“ stehen auf wackligen Füßen. Wenn die SED mit der „negativen Traditionslinie“ in Verbindung gebracht und ihre Rolle als „Partei neuen Typus“ vor „diesem Hintergrund“ düster gesehen wird, dann wirft das zwangsläufig die Frage auf, wie man zur Leninschen Konzeption von der revolutionären Kampfpartei überhaupt steht.

Angesichts der in der kommunistischen Bewegung - besonders Europas - wirksamen Tendenzen, die ich als Erscheinungen des Revisionismus in Fragen der Theorie, der Taktik und der Organisation bezeichnen möchte, erscheint mir das Festhalten am Begriff Marxismus-Leninismus um so dringlicher. Auch dort, wo sich solche Auffassungen noch unausgeformt, nur im Ansatz, als Neigung von Parteimitgliedern zeigen, von der revolutionären Linie ab - und vor dem Druck bürgerlicher Ideologie zurückzuweichen (Lenin hat den Revisionismus treffend als „Theorie der Nachgiebigkeit“ bezeichnet), muß die Auseinandersetzung mit ihnen offen und prinzipiell geführt werden. Eine kommunistische Partei, die das unterläßt, läuft Gefahr, ihren eigenen Abstieg zu organisieren.

Der „Sintflut“ antikommunistischer, bürgerlicher Ideologie und ihrer Wirkung auf unsere Bewegung Widerstand entgegenzusetzen, nicht danach zu gehen, was „bei den Leuten ankommt“, sondern notfalls auch gegen den Strom zu schwimmen, um als revolutionäre Kraft zum gegebenen Zeitpunkt selbst wieder die Offensive zu erlangen - dafür sehe ich im Marxismus-Leninismus das Fundament.

Nach meiner Kenntnis hat der 15. Parteitag in dieser Beziehung einiges offengelassen - z. B. die exakte Bestimmung des historischen Platzes der DDR aus marxistisch-leninistischer Position. Ob wir so den angestrebten Mitgliederzuwachs erreichen, bleibt - zumindest im Osten - dahingestellt. Klaus Steiniger hat im Leitartikel des Juni-„RotFuchs“ (Neue 20-Prozent-Partei?) interessante Überlegungen zu diesem Thema angestellt, denen ich voll zustimme.

Dieter Itzerott

Neu in Haft

Seit den 30. 6. 2000 befindet sich Genosse Oberst a. D. **Günter Strobel** verurteilt zu zweieinhalb Jahren Freiheitsentzug, in der JVA Chemnitz-Reichenhain, Reichenhainer Str. 235, 09125 Chemnitz. Schreibt auch diesem politischen Gefangenen!

Eine Selbstdarstellung, für die das ND viel Platz hatte

Das Füllhorn des Georg Fülberth

Georg Fülberth ist ein bekannter Politologe aus Marburg. Manchmal hat man den Eindruck, daß der frühere Sozialdemokrat in der DKP, zu deren Mitgliedern er seit etlichen Jahren zählt, mit seinen oft etwas schrulligen Auffassungen eine Art Narrenfreiheit genießt. Dabei vermengt der Professor aus meiner Sicht bisweilen Richtiges und Falsches. Am 17./18. Juni 2000 hat er sein Füllhorn im nicht gerade kommunistenfreundlichen ND, das ihm eine Dreiviertel-Zeitungsseite einräumte, ausschütten dürfen.

Mit seinem Interview überzeugte mich Georg Fülberth davon, daß die hessische SPD Anfang der 70er Jahre offensichtlich nicht - wie er selbst meint - „aus Feigheit“ darauf verzichtete, ein Berufsverbot gegen ihn durchzusetzen. Sie hat ihn weiterhin Politikwissenschaft lehren lassen, weil sie darin offenbar keine Gefahr für die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ erblickte. Fülberth sagt, er sei heute Kommunist, weil er das als seine Art, „radikal zu sein“, betrachte. „Mit irgendwelchen Glaubenssätzen hat das weniger zu tun.“ Das gültige DKP-Programm könne man „schon deshalb nicht anerkennen, weil da noch drinsteht, Kriterium für Kommunisten sei die Haltung zur Sowjetunion.“

Mit dieser kritischen Distanz zur eigenen Partei erklärt sich natürlich auch Fülberths Einstellung zu Grundfragen unserer Zeit. Da ist zunächst sein Verhältnis zur DDR. Wieso hatte der über viele Quellen verfügende Wissenschaftler eigentlich ein „rosiges DDR-Bild“? Warum ist er den Realitäten nicht auf den Grund gegangen, sondern hat sich etwas „erzählen“ lassen? Dennoch sah er das Ende „schon vorher kommen“ und „wundert sich noch immer, daß das nicht früher passiert ist“. Hätte es also schon 1953 oder 1956 oder 1961 oder 1968 „passieren“ sollen? Und warum ist es dann in der zweiten Hälfte der 80er Jahre und zu Beginn der 90er Jahre „passiert“? Bestand nicht einer der Hauptgründe darin, daß große Teile der internationalen kommunistischen Bewegung - zersetzt durch sich ausbreitenden Revisionismus und überzeugt von der ökonomischen Überlegenheit des Imperialismus - den Widerstand fast völlig aufgegeben hatten? Voran westeuropäische kommunistische Parteien und schließlich die KPdSU selbst, die einen Gorbatschow an die Spitze schob? Hat G. F. nicht beobachtet, wie sich der Revisionismus in der SED (und auch in der DKP) immer mehr ins Kraut schoß, sodaß

- Gorbatschows Ergüsse un widersprochen im ND erscheinen durften;
- ausgerechnet in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED ungehindert theoretische Grundlagen für die ideologische Unterwerfung unter die Bourgeoisie wie das mit der SPD abgestimmte Papier „Der Streit der Ideologien“ geschaffen wurden;

- Die Montagsdemonstrationen in Leipzig

1989 am Ende unter direkter Mitwirkung von Führungskräften der dortigen SED-Betriebsleitung organisiert werden konnten; - 1990 schließlich nur noch wenige übrigblieben, die sich als Marxisten-Leninisten bekannten.

Im ND-Interview gibt Professor Fülberth zu Protokoll: „Wir wußten, was Stalinismus (er benutzt hier einen von der PDS besetzten, von der DKP aber abgelehnten antikomunistischen Kampfbegriff - N. P.) ist, aber wir sagten uns, schlimmer als der Kommunismus ist der Antikomunismus“. Wie kann ein Wissenschaftler, der sich als Marxist betrachtet, den „Kommunismus“ als „schlimm“ bezeichnen? Wie kann er ihn gar mit dem Antikomunismus vergleichen? An dieser Stelle spricht G. F. in der Mehrzahl: Wer ist eigentlich „wir“? Etwa die DKP? Kaum denkbar. Und: Wo hat Kommunismus auf dieser Welt schon einmal stattgefunden? Soweit mir bekannt, nur in den Köpfen bürgerlicher Ideologen. Ist Georg F. nie eingefallen, daß er als „Westlinker“ gemeinsam mit der DDR - auch wenn sie noch so unvollkommen war - das Spiel verloren hat? Warum entging ihm die Tatsache, daß nicht nur die DDR zerbrach, sondern die sozialistische Revolution insgesamt eine schwere Niederlage erlitt? Wenn G. F. die DDR lediglich als Kontrapunkt zur BRD versteht, so beweist er damit nur, daß er sie nicht als Teil der sozialistischen Revolution (mit all ihren vielschichtigen Problemen) aufgefaßt hat. Er „beobachtete“ sie nur!

G. F. konstatiert, daß „diese Art von Sozialismus am Ende ist“. Hier haben wir wieder das berühmte „Scheitern eines Modells“, das wir bereits aus den „Sozialismus-Vorstellungen“ der DKP kennen. Auch Genosse Fülberth empfindet die „deutsche Einheit“, mit der das „Gegengewicht zur BRD weg“ war, als „Katastrophe“. Das aber ist noch keine marxistische Bewertung der Konterrevolution, die zu dieser „Einheit“ geführt hat, keine Analyse der Machtfaktoren und Klassenkräfte, die der Annexion der DDR zugrundeliegen.

Aufschlußreich ist auch Fülberths oberflächliches Herangehen an die Politik der PDS. Er versteht diese, da sie „wohl doch eine Ostpartei ist“, irgendwie nicht, wartet aber zugleich mit Ratschlägen auf. Überdies offenbart er eine gewisse Sympathie für den Reformismus der Führung der PDS. „Ach, wenn es der PDS gelänge, eine anständige linkssozialdemokratische Partei zu werden, wäre das doch allerhand“, meint er. Ein merkwürdiger Ratschlag aus dem Munde eines Kommunisten. Dann folgt - auf die Frage, was er vom demokratischen Sozialismus halte - eine Antwort, mit der das ND sein Interview bereits in einem Kasten auf Seite 1 ankündigte: „Wenn man den Begriff inhaltlich füllt, kann man es ja mal versuchen. Und wenn ein besserer Kapitalismus herauskommt als der US-amerikanische, und wenn das auf das Wirken demokratischer Sozialisten zurück-

zuführen wäre, dann hätten sie doch einen hübschen Nebeneffekt erzielt. Dagegen ist gar nichts zu sagen“. Ironie? Vielleicht auch das. Die Antwort eines marxistischen Analytikers?

Die PDS hat - nach G. F. - also die Chance, den „Kapitalismus zu verbessern“: ein wahrhaft „schöner Nebeneffekt“! Was ist dann aber der Haupteffekt? Vermutlich die Bewahrung des Kapitalismus als System. Und was heißt „verbessern“? Besser kann es den Arbeitenden in der kapitalistischen Welt doch nur gehen, wenn es dem Kapital schlechter, also an den Kragen geht, wenn seine Macht beendet wird! Akzeptiert die PDS-Spitze Fülberths „Verbesserung des Kapitalismus“ als Definition des demokratischen Sozialismus?

Da die PDS durch G. F. obendrein aufgerufen wird, einen „besseren Kapitalismus in Deutschland“ - „besser als den US-amerikanischen“ - zu versuchen, bedeutet das tatsächlich nichts anderes als eine Beförderung nationalistischer Stimmungen unter Sozialisten.

Der DKP gibt der Marburger Politologe nur minimalen Spielraum. Ihre Rolle bestehe lediglich darin, „auf die Perspektive jenseits des Kapitalismus hinzuweisen“. Ist das nicht ein bißchen wenig? Kein theoretischer Anspruch, kein Aufruf zur politischen Aktion, keine Darstellung revolutionärer Weltzusammenhänge oder des Charakters der Epoche? Also abwarten, heißt Fülberths Devise. „Hinweisen“ soll die DKP, nicht mehr. Vorerst fehle es an einer revolutionären Situation, sagt der Interviewte zurecht. Richtig gefordert werde die Partei „vielleicht in 500 Jahren“. So lange müsse die Menschheit den Kapitalismus möglicherweise noch ertragen. Ist das nicht ein Aufruf zur Kapitulation?

Alles in allem empfinde ich das ND-Interview mit Georg Fülberth, der den Lesern der Zeitung als eine authentische Stimme der DKP präsentiert wurde, nicht als Beitrag zur Propagierung der Politik einer kommunistischen Partei. Im Gegenteil: Es stürzt so manchen, der sich mit dem Gedanken des Beitritts zur DKP trägt, in arge Zweifel über deren Charakter. Besonders bei uns im Osten. Wenn ein bürgerlicher Wissenschaftler im linksliberalen ND seine verworrenen Ansichten über Sozialismus und Kommunismus, über PDS und DKP ausbreitet, dann bewegt mich das wenig. So etwas ist in diesem Blatt Normalität. Wenn aber ein Mitglied meiner eigenen Partei deren Ansehen in aller Öffentlichkeit beschädigt, bin ich besorgt.

Übrigens: Ein leitender Funktionär der Partei soll, darauf angesprochen, in Berlin gesagt haben, er habe sich über das Interview „köstlich amüsiert“. Die UZ druckte es am 7. Juli 2000 nach - kein Zeichen von Feingefühl. Jedenfalls den Lesern im Osten gegenüber.

Norbert Pauligk

Als Parteisekretär im „Karl-Liebknecht-Werk“ (2)

Handlamp', Kopflamp', blanke Lamp'

Als ich zu ersten Mal - es war im Frühjahr 1951 - auf dem Karl-Liebknecht-Schacht im Erzgebirge einfuhr, um als Parteisekretär mit Bergleuten „vor Ort“ zu reden, mußte ich mir zunächst eine Lampe holen. Davon gab es drei Sorten. Die Häuer benutzten die Handlamp', ein schweres Ding, etwa 30 Zentimeter hoch, mit einem Akku versehen, oben ein S-förmiger, zugeschliffener Haken, mit dem man die Lampe in einen Holzstempel schlagen und so seinen Arbeitsplatz beleuchten konnte. Dann gab es die Kopflamp', vorn am Schutzhelm angebracht, Kabel zum Gürtel, wo die Batterie befestigt war. So eine hatten die Grubenhandwerker. Das Licht fiel immer dahin, wo sie hinschauten, um etwas zu reparieren oder einzurichten. Die konnte ich nicht gebrauchen, sie hätte dem Bergmann, mit dem ich sprach, ins Gesicht geblendet. Aber da war noch die blanke Lamp'. Eine große, viereckige, flache Lampe, sie hing an einer Schnur, die man um den Hals legte.

Drei Stunden ging ich im 4. Revier von einem Häuer zum andern. Keiner sprach mit mir. Nicht ein Wort! Ich war ziemlich deprimiert. Auch die Genossen hatten nicht mit mir geredet. Was war los? Immerhin befanden sich unter den 7 000 Bergleuten des Werkes 2 000 Parteimitglieder!

Als ich wieder ausgefahren war und mir in der Waschkau den Dreck abspülte, begegnete ich Paul Voitel, dem BGL-Vorsitzenden, von seinen Kollegen „Schachtvater“ genannt. „Wenn Du mit der blanken Lamp' kommst, red' keiner mit Dir. Diese Lampe haben nur die Steiger. Und die waren alle Nazis. Mit denen red' kein Bergmann“, belehrte er mich.

So war das also! Die Steiger, ein Mittelding zwischen Meister und Fachschulingenieur, waren nicht nur für den Abbau, die Förderung, die Verlegung von Pressluft-, Wasser- und Elektrizitätsleitungen verantwortlich; insofern, rein ökonomisch gesehen, gehörten sie ebenso zur Arbeiterklasse wie der Meister einer Maschinenfabrik, der Maurerpolier, ja auch der Ingenieur. Aber im Kapitalismus waren sie in erster Linie Aufpasser, Antreiber. Sie waren so verhaßt, daß meines Wissens im Mai 1945, als ein kleines Gebiet um Zwickau aufgrund eines Mißverständnisses zeitweilig weder von Amerikanern noch von Russen besetzt worden war, Steiger, die in SA-Uniform im Werk erschienen waren und mit Schäferhunden Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus ihren Baracken zum Schacht getrieben hatten, von Bergleuten kurzerhand in die Tiefe gestürzt wurden, dann einen Hunt Gestein hinterher

- Vergeltung für mordende Antreiberei! Und dieser Haß schwelte immer noch, auch in ihren Wohnorten blieben die Steiger isoliert.

Etwas anders war das mit dem Technischen Direktor des Karl-Liebknecht-Schachtes. Zwar war der alte Genosse Willy Mehlhorn, ein Bergmann, jetzt Schachtdirektor, aber in Wirklichkeit leitete Dr.-Ing. Dr. geol. Mauersberger den Betrieb. Das war ein ehemaliger Beamter des Sächsischen Steinkohlenbergbaus, so Ende 50, konservativ, hatte mit uns kaum Kontakt. Aber der Schacht, das war auch sein Schacht, sein Leben! Er war unermüdlich, gewissenhaft, bei uns gab es keine Unfälle, keine Brüche, keine Toten.

Doch eines Tages erschien ein Genosse der Übertagebelegschaft bei mir: „Komm sofort mit zum Holzplatz, die woll'n streiken!“ Da waren etwa 400 Leute vom Holzplatz, aus den Werkstätten, von der Preßluftanlage, den Verladerampen versammelt. Einer stand auf einem Holzstoß und brüllte: „Tausendfünfhundert Mark soll er kriegen, dieser gottverdammte, alte schwarz-weiß-rote Lump! Reserveoffizier im Ersten Weltkrieg! Eisernes Kreuz Erster Klasse! Im Kirchenvorstand isser ooch noch! Weg musser! Wir streiken!“ Die Menge tobte!

Der III. Parteitag der SED hatte 1950 beschlossen, die Gehälter der Meister und Ingenieure im Steinkohlenbergbau und in der Stahlindustrie zu erhöhen. Mit Experten wie den Technischen Direktoren seien „Einzelverträge“ abzuschließen, die ihnen ein wesentlich höheres Einkommen als bisher sicherten, auch ihren Frauen eine höhere Rente. Das entsprach dem Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ und bremste zugleich die Abwerbung nach dem Westen, die ja schon während des Studiums begann. An der Berliner Humboldt-Universität blieb kaum ein Chemieabsolvent bei uns, fast alle hatten schon vor dem Diplom ihren Vertrag mit einem westdeutschen Konzern in der Tasche.

Nur - die führende Rolle der Partei erschöpfte sich nicht darin, richtige Beschlüsse zu fassen; sie mußten auch den Arbeitern verständlich gemacht werden! Ich ging also auf den Holzplatz, wo das Grubenholz gelagert wurde und kletterte auf den Stapel neben dem Redner. „Richtig. Der alte Mauersberger muß weg. Wir machen Dich zum Technischen Direktor!“ Ich zeigte auf den Sprecher. Stille. Dann dieser: „Das kann'ch nich!“ „Na“, sagte ich, „dann nehmen wir den!“ und zeigte auf einen in der ersten Reihe, der am lautesten gegen den

Mauersberger gebrüllt hatte. „Das kann'ch ooch nich!“ „Dann überlegt Euch das gut! Wenn der Technische Direktor einer Nudelfabrik nichts kann, kommt hinten statt Nudeln Mehlpampe raus. Wenn der Technische Direktor von so einem Steinkohlenwerk nichts kann, gibt es Tote!“ Schweigen. Dann: „Gottverdammich! Soll er seine tausendfünfhundert Mark kriegen, der alte schwarz-weiß-rote Lump!“ Der Streik war beendet.

Ich sprach mit Dr. Mauersberger nicht über die Angelegenheit. Es war mir klar, daß ihn jemand informiert hatte. Er redete auch nicht mit mir darüber. Aber seit dem Tag grüßten wir uns nicht mehr höflich und distanziert. Es kam, sagen wir mal, eine gewisse Wärme in unseren Umgangston. Ich konnte mich eher an ihn wenden als zuvor, wenn es etwas zu regeln gab. Er war für mich immer zu sprechen, traf auf ruhige, sachliche Art seine Anordnungen.

Übrigens, die Haltung der Bergleute zu den Steigern und zu dem alten Bergbaubeamten zeugte von ihrem Klassenbewußtsein, welches ja sogar Mitglieder unserer Partei den Arbeitern der DDR absprechen wollen. Aber Klassenbewußtsein ist nicht identisch mit sozialistischem, marxistisch-leninistischem Bewußtsein und kann zu unzumutbarem Verhalten führen. Über den Bildungsstand der Bergleute 1951 äußere ich mich im nächsten Bericht: Die Verweigerer und der Dieb.

Walter Florath

Hinweis

Wir bitten alle Leser, sich bei verzögert eintreffenden RF-Sendungen zu melden, damit wir ggf. eine Sammelbeschwerde bei der Post einlegen können. Die Juni-Ausgabe wurde einigen unserer Autoren erst nach sechs oder sieben Tagen in teilweise zerlesenen Zustand zugestellt. Wir machen gewisse Landesämter darauf aufmerksam, daß sie für ihre politische Bildungsarbeit benötigte „RotFuchs“-Exemplare direkt bei uns bestellen können.

Die Redaktion

Diese Zeitung wird durch
Spenden finanziert.

Wann entsteht eigentlich kommunistisches Bewußtsein?

Ein Wort zur Eigentümer-Debatte

„Wie war das mit dem Eigentümerbewußtsein?“ (in der DDR, im Sozialismus), stellt Walter Florath die Frage, wobei er gegen Robert Steigerwald polemisiert, der von der DDR resp. vom Sozialismus ziemlich allgemein gesagt hat: „Schlechte Politik hat verhindert, daß sich die Werktätigen als Eigentümer ihrer Betriebe verstanden und fühlten, diese also in Gefahr verteidigten“. Nun, die Betriebe sind von den Geführten schlecht zu verteidigen, wenn die Führenden nicht mehr weitermachen wollen. Man kann ja von den Arbeitern zunächst nicht verlangen, daß sie die Kommunisten sind, muß es aber von den Kommunisten verlangen. Also deren Wandel interessiert hier, das würde ich als ehemaliger Arbeiter der DDR Robert Steigerwald entgegen.

Walter Florath nun bezieht eine andere Position: In gewisser Zeit - der DDR, des Sozialismus - war das gemäßige Eigentümerbewußtsein schon vorhanden, sagt er. Er verweist auf den Anfang des Aufbaus des Sozialismus, die Zeit nach 1945 und dann auf die Jahre des beginnenden Neuen Ökonomischen Systems (NÖS); sie war überhaupt die „besonders starke“ Zeit (Eigentümbewußtsein betreffend). Florath verlangt von Steigerwald, daß er dies anerkennt. „Diese verschiedenen Phasen der Entwicklung des Bewußtseins und des Handelns der Arbeiterklasse der DDR sind auch klugen Leuten offensichtlich nicht bekannt oder werden, aus welchen Gründen auch immer, von ihnen ignoriert“. Ja, was nützt das schließlich, wenn es doch offensichtlich um das Bewußtsein im letzten Stadium der DDR geht. Und von dem schreibt selbst Walter Florath: „Erst Ende der 70er, seit den 80er Jahren, als die Stagnation der DDR begann, ... starb auch die Initiative der Betriebe ab. Das Leistungsprinzip wurde immer mehr beiseite gedrängt. Die Menschen sahen keine Perspektive für die DDR, das Eigentümerbewußtsein ... verkümmerte.“ Das ist, mit anderen Worten, genau das, was auch Robert Steigerwald sagt.

Wir sollten uns das Thema aber nicht so leicht machen. Die Theorie hat zunächst davon auszugehen, daß nicht einmal das Bewußtsein von Kommunisten am Beginn des Kommunismus hinreichend dafür ist, ein „sozialistisches Eigentümerbewußtsein“ zu klassifizieren. Nicht der aktivste Mensch, nicht einmal - mit Verlaub - ein Lenin kann uns am Beginn des Kommunismus erklären, geschweige denn in der Art und Weise seines Verhaltens vorleben, was das Produktionsverhältnis des Kommunismus ist. Solches kann sich nur historisch ent-

wickeln, und dazu muß man, als wichtigste Voraussetzung, Eigentum zuvor aufgehoben haben. Eine Weile ist in diesem Zustand aufgehobenen Privateigentums zu leben, und dann stellt sich allmählich, zunächst unbewußt, das her, was man angelehnt sozialistisches „Eigentümbewußtsein“ nennen kann. Als Begriff ist „sozialistisches Eigentümerbewußtsein“ eigentlich ein Widerspruch in sich selbst, daher nur verstanden, wenn als Eigentum negierender, aufhebender Eigentumsbegriff. Kommunistisches „Eigentümbewußtsein“ kann sich nur auf dem Boden hergestellter und real wirkender Gesamtproduktionsverhältnisse herausbilden. Und Hand auf's Herz, wer weiß sie trotz Sozialismus und DDR schon zu bestimmen?

Es ist nicht möglich, daß Kommunisten dem Wort und der Tat nach am Beginn ihrer eigenen Gesellschaft schon Kommunisten dem Verhältnis zur Arbeit nach sein können. Um sich zu erkennen, bedarf der Kommunismus seiner eigenen Geschichte; auch ihm muß, wie dem Privateigentum, eine längere Vorgeschichte erlaubt sein. Es geht nicht darum, daß jemand aktiv ist und sein Aktivsein mit dem Aufbau des Sozialismus verbindet, es geht nicht um einfachen bis gehobenen Aktivismus in der Arbeit - obwohl es auch darum geht, weil dies ja der Weg zum Ziel ist -, sondern es geht um andere gesellschaftliche Verhältnisse der Aneignung von Arbeit, worin mit alten gebrochen ist. Kann jeder, selbst jeder, der im Sozialismus gelebt und sich nicht von ihm abgewandt hat, sagen, was das ist?

70 Jahre Sozialismus haben nicht gereicht, bis zu „ganz“ klaren, jedenfalls viel eindeutiger sozialistischen oder kommunistischen Produktionsverhältnissen vorzustoßen. (Was der kommunistischen Politik übrigens nicht das Recht nimmt, sich absolut zu verteidigen, begründet sie sich doch aus Widersprüchen der bisherigen Geschichte.) Daß sich das „sozialistische Eigentümerbewußtsein“ nicht herstellte, nicht völlig herstellte, nicht vollendet vom einfachen proletarischen Verständnis von Ökonomie (und Eigentum, eigentlich ja Entfremdung vom Eigentum) löste, sollte uns Anlaß sein, die Debatte etwas vorsichtiger heranzugehen. Alle „Perioden“, so scheint mir, dienen der Theorie als Gegenstand, zum wirklichen Wissen, oder Marxismus, vorzustoßen. Es ist sehr schwer, nach dem bisherigen Stand schon Zensuren zu verteilen, eher sind Vorzensuren, Richtungsanzeiger möglich. Dies für die Programmdebatte.

Hermann Jacobs

Über den Keller, der oben ist

Vom Gemüt eines Korkens

Das weiß man ja: Dogmatische Linke machen sich selbst das Leben schwer, weil sie Überzeugungen, Prinzipien, Grundwerte nicht hurtig über Bord zu werfen vermögen. Echten Lebenskünstlern gelingt das. Sie ähneln dabei Korken: immer oben schwimmen! Kann kommen, was da wolle. Und wenn's ein anderes Gesellschaftssystem ist.

Als Perfektionist in solcher Lebenskunst erweist sich seit langem der agile Dr. Dietmar Keller. Er legt Wert darauf, zu den Pionieren der Umwandlung der PDS in eine Beliebkeitspartei gerechnet zu werden. Etikett: „Erneuerung“.

„Reformer“ war der Mann allerdings nicht immer. Als die tonangebende Partei hierzulande noch SED hieß, stellte „Genosse Dr. Keller“ die Beschlüsse der Parteiführung eher durch, als sie gefaßt worden waren. Das ermöglichte es dem Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus, als hauptamtlicher Parteisekretär, schließlich als stellvertretender Kulturminister der DDR so richtig Karriere zu machen. Oben bleiben wollte er auch, als der SED-Führung die Macht entglitt. Als selbstempfohlener „Erneuerer“ wußte er beim Gezeitenwechsel die richtige Welle zu erwischen, die ihn an der Oberfläche hielt. Im Modrow-Kabinett kurzzeitig Kulturminister, avancierte er dann zum offiziellen Vertreter der PDS-Bundestagsgruppe in Eppelmanns Geschichtsfälschungsverein - der notorischen Enquete-Kommission zur „Untersuchung von SED-Unrecht“. Dort erfrönte Keller seinen im CIA-Ruch stehenden Chef mit der Behauptung, die SED habe „nie einen emanzipatorischen Anspruch gehabt“. Dieser Kotsatz setzte Maßstäbe für historische Ignoranz.

Bei solchem Talent, sich als wahrer Korken zu bewähren, weist die Karriere keine Brüche, sondern eher Sprünge auf. Nach oben, versteht sich. Nun ist Keller nicht mehr schlichter Abgeordneter. Er „berät“ inzwischen die PDS-Bundestagsfraktion. Zugleich vertraut er sich den Medien an. So veröffentlichte der „Spiegel“ unter dem recht revolutionär anmutenden Titel „Die Machtfrage stellen“ vor einiger Zeit ein Interview mit dem profilierten Anpasser. Hier erklärt Keller, was ihn an der PDS verdrießt. Sie habe „keinen Kern“ und ihre Identität werde noch immer „an Begriffen wie DDR und Klassenkampf“ festgemacht. „Da schlagen die Herzen höher. Und das kann nicht so bleiben.“

Der klassenkämpferische Herzschlag ist laut Keller der „alten Funktionselite der DDR“ eigen, die sich damit als undankbar erweise. Immerhin habeman ihr 1989 ein „Friedensangebot“ gemacht - sie dürfe in der Partei als ihrer „Wärmestube“ bleiben, besitze aber nicht das Recht, die PDS nach außen zu vertreten. Die Alt-Kader aber zeigten sich uneinsichtig. Weil man seinerzeit auf eine „radikale Abrechnung mit dem Stalinismus“ habe verzichten müssen, sei „die gesamte Funktionärsschicht, auch die Mitgliedschaft, ziemlich trocken unter dem Regen weggekommen.“ Keller beklagt das und erklärt das Versäumnis: „Die Partei(?) war beim Überlebenskampf darauf angewiesen, die Alten mit einzubeziehen.“

Inzwischen scheint Herrn Keller die Zeit überreif, sich solcher Altlasten zu entledigen. Er stellt brutal die „Machtfrage“: Alle Macht den „Reformern“, und das in einer Partei, die den Anspruch erhebt, pluralistisch zu sein!

Von seinen „Spiegel“-Interviewern gefragt, ob er damit nicht die Spaltung der PDS riskiere, zuckte Dr. Korken alias Keller nur die Achseln: „Na und? Soll doch die Kommunistische Plattform eine KP gründen ...“

Zu einem solchen „Berater“ kann man der PDS nur gratulieren.

Wolfgang Clausner

Lenin über Einheitsfronttaktik

Debatten über die Beziehungen zwischen revolutionären und reformistischen Arbeiterparteien bzw. kleinbürgerlich-demokratischen politischen Formationen reichen bis in die 70er Jahre des 19. Jahrhunderts zurück. Den Begriff „Aktionseinheit“ hat m. W. zuerst Marx in einem Brief an Bracke vom 5. Mai 1875 im Zusammenhang mit seiner Kritik am Gothaer Programm als „Übereinkunft für Aktionen gegen den gemeinsamen Feind“ definiert. In den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts gewann die Frage der Arbeitereinheit einen neuen, höheren Stellenwert. Die Arbeiterbewegung war politisch gespalten in den marxistisch-revolutionären Teil, organisiert in kommunistischen Parteien, weltweit zusammengeschlossen in der Kommunistischen Internationale (KI), und den reformistischen Teil aus sozialdemokratischen bzw. zentristischen und sozialistischen Parteien, vereinigt in der II. Internationale bzw. der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (IASP, nach ihrem Gründungsort auch Wiener Internationale genannt). Die Mehrheit der Arbeiter Europas (ohne Sowjetrußland und die USA) stand unter dem Einfluß der Parteien der II. Internationale oder der IASP und gehörte - soweit organisiert - reformistischen Gewerkschaften an. Die kommunistischen Parteien Europas - ohne die KPR (B) - zählten 1921/22 etwa 400 000 Mitglieder, die sozialdemokratischen Parteien 6 782 000 und die sozialistischen Parteien 1 585 000. In den reformistischen und ähnlichen Gewerkschaften waren 1922 über 93 Millionen Werktätige organisiert. Die Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI) besaß hingegen 17 Millionen Mitglieder in 41 europäischen, asiatischen, amerikanischen und afrikanischen Ländern. Weniger als die Hälfte der Arbeiter Europas und der USA hatte sich überhaupt Gewerkschaften angeschlossen.

Die revolutionäre Welle nach dem Ersten Weltkrieg war abgeebbt. Die Bourgeoisie ging zum offenen Angriff über und machte die von den Werktätigen erkämpften sozialen Errungenschaften und politischen Freiheiten radikal rückgängig. Von dieser Gegenoffensive war die Arbeiterklasse als Ganzes betroffen, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Wahlverhalten der Proletarier. So bestanden objektiv günstige Bedingungen, abgestimmte Aktionen gegen den gemeinsamen Klassenfeind durchzuführen. Zugleich wuchs bei der Mehrheit der Arbeiter das Bestreben, die politische Spaltung zu überwinden und ihre orga-

nisatorische Einheit wiederherzustellen. Aber auf welchen theoretischen und ideologischen Fundamenten? Auf revolutionärer oder auf reformistischer Grundlage? An der Ausarbeitung der Einheitsfronttaktik waren alle europäischen Parteien der KI beteiligt. Darauf konnte sich Lenin stützen, der in Reden, Aufsätzen und Briefen die in den Jahren 1921/22 gesammelten Erfahrungen der Klassenkämpfe in europäischen Ländern theoretisch verallgemeinerte und viele Hinweise für die Praxis gab. Besonders wichtig wurde die Klärung der Fragen der Einheitsfronttaktik in Vorbereitung einer Delegation der KI, die an einer von den französischen Sozialisten vorgeschlagenen Konferenz aller drei Internationalen im April 1922 in Berlin teilnahm. Um die Beteiligung an der Konferenz entbrannte in der KI eine heftige Diskussion. Ultralinke Kräfte lehnten die Teilnahme an dem Treffen entschieden ab und ergingen sich in Attacken auf die Führer der II. Internationale und der IASP, wobei sie - wie Lenin sarkastisch bemerkte - „das rote Fähnchen“ entrollten. Rechtsopportunistische Kräfte innerhalb der europäischen kommunistischen Parteien neigten dagegen zu politischen Zugeständnissen an die reformistischen Parteiführer.

Die Bewegung war zu dieser Zeit noch sehr jung und verfügte nur über wenige mitgliederschwache Parteien. Die KPen bestanden damals aus aktiven Teilnehmern revolutionärer Aufstände, aber auch aus Mitgliedern, die noch bis vor kurzem reformistischen Parteien angehört hatten. Der Linksradikalismus erwies sich als spontan-emotionale Reaktion auf das schändliche Paktieren rechter Führer mit der Reaktion bei der Niederschlagung der klassenbewußten Arbeiter. Deren Erfahrungen mit der Bourgeoisie äußerten sich in überspitzter Kritik an der opportunistischen Haltung von leitenden Funktionären einiger kommunistischer Parteien. Zu scharfen Auseinandersetzungen in der Französischen KP meinte Lenin, daß man bestimmte Handlungen und Haltungen unbedingt kritisieren müsse, dabei aber nicht wahllos über die Partei herfallen oder als „Gegengewicht“ zu rechten Verhaltensweisen „linke“ Dummheiten vorschlagen dürfe.

Natürlich versuchten die Führer der II. Internationale und der IASP, über den Weg der Aktionseinheit Parteien der KI mit ihrer bürgerlichen Ideologie zu zersetzen. Sie trachteten danach, in Sowjetrußland durch Legalisierung der Menschewiki und der Sozialrevolu-

tionäre die Konterrevolution erneut zu entfachen. Lenin durchschaute dieses Spiel. Er empfahl den Kommunisten, ihrerseits bestrebt zu sein, im



gemeinsamen Kampf mit reformistisch organisierten Arbeitern die eigenen Positionen zu verbreiten. Denn, ohne die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse war an einen neuen revolutionären Anlauf in Mittel- und Osteuropa nicht zu denken.

Die Arbeitereinheitsfront erwies sich also als eine bewegliche, in sich widersprüchliche Organisationsform, in der es Zusammenarbeit und Übereinstimmung, aber auch Konflikte gab. Es fand ein heftiger Klassenkampf auf theoretischem und politisch-ideologischem Gebiet statt. Lenin, der vor „blindem Kopieren“ von Erfahrungen der KPR (B) warnte, arbeitete fünf Grundregeln für die Einheitsfronttaktik aus, die den Besonderheiten der einzelnen Länder entsprechend modifiziert und variiert werden sollten: 1. Nur solche Kampfziele vorzuschlagen, bei denen alle Beteiligten übereinstimmen und über die Abkommen zu erreichen sind; 2. in Resolutionen zu Einheitsfrontabkommen Beschimpfungen der Führer reformistischer Parteien zu unterlassen, die zum Vorwand genommen werden könnten, die Verhandlungen abubrechen; 3. keine politischen Zugeständnisse ohne Gegenleistung zu machen; 4. in den reformistischen Gewerkschaften zu arbeiten und hier den Kampf gegen den Geist des Reformismus, gegen die Klassenneutralität zu führen. Nicht die Zerstörung der Gewerkschaften, sondern die politische Eroberung der Verbände sei das Ziel; 5. gegenüber Bestrebungen rechtsopportunistischer Kräfte, kommunistische Parteien durch ideologische „Übereinkommen“ mit reformistischen Parteien in einem prinzipienlosen Block aufzulösen und sie in eine entsprechende Richtung zu drängen, absolute Selbständigkeit und politische Unabhängigkeit zu wahren. Keine ideologischen Kompromisse zu schließen.

Ulrich Huar

Leseempfehlung:

Lenin: *Wir haben zu teuer bezahlt*. LW 33, S. 316-320

Lenin: *Briefan N. I. Bucharin und G. J. Sinowjew vom 1. Februar 1922*

LW Erg.band 1917-1923, S. 411 ff.

Hohes Maß an Geschlossenheit

Die Juni-Versammlung der Gruppe Nordost befaßte sich - wie könnte es anders sein - mit einigen Aspekten der Parteitagsauswertung, nachdem bereits eine Woche zuvor eine Bezirksmitgliederversammlung zu diesem Thema stattgefunden hatte. Einleitend schilderten unsere Delegierten ihre Eindrücke.

Zunächst sprach Annemarie Mühlefeldt. Sie erinnerte an die Hauptgedanken, die Heinz Stehr auf der BMV entwickelt hatte und ging dann auf einige Konsequenzen ein, die sich für die Gruppe Nordost ergeben. Das von ihr an die Spitze gestellte Problem „besteht in der nach wie vor völlig ungenügenden Beachtung der spezifischen ostdeutschen Themen“. Die äußerst westlastige Zusammensetzung des neuen Parteivorstands gewährleiste nicht die Zusammenführung der Erfahrungsströme aus der SED und der alten DKP. „Gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Parteiorganisationen müßten wir Vorschläge für den PV ausarbeiten, wie das nun gehen soll.“ Als zweites Problem benannte sie die UZ. „Leider orientieren die Beschlüsse des Parteitages nicht in erster Linie auf höhere Qualität und Attraktivität der zentralen Zeitung, sondern auf einfache schematische Lösungen.“ Ein drittes Problem sieht sie in der Wertigkeit der Tätigkeit unserer Genossen in außerparlamentarischen Zusammenhängen. „Es ist ein gutes Erbe aus der SED und eine gute Tradition auch der DKP, daß Genossen in großer Zahl in wichtigen Organisationen arbeiten, dort z. T. beachtlichen Einfluß ausüben und linkes Potential gezielt zur Geltung bringen.“ Wir müßten diesen Aktivitäten in den Versammlungen unserer Gruppe mehr Platz einräumen. An vierter Stelle ging die Rednerin auf Fragen der massenpolitischen Wirksamkeit der Partei ein und wandte sich gegen die in der Berliner Bezirksorganisation bisher übliche Überbetonung der Rolle und des Effekts von Info-Ständen u. ä., deren Stellenwert durchaus anerkannt werde. Heinz Stehr hätte diesen Aspekt der Arbeit der DKP in seinem Beitrag auf unserer Gruppenversammlung im März wesentlich weitergefaßt und z. B. öffentliche Veranstaltungen zu anspruchsvollen Themen gefordert. Hier könne die Gruppe Nordost ihre Stärken voll zur Geltung bringen. Annemarie verwies auf die für Oktober gemeinsam von „offensiv“ und „RotFuchs“ geplante Konferenz zu verschiedenen Seiten der Imperialismus-Thematik. In diesem Zusammenhang hob sie die wachsende Verbreitung unserer Zeitung hervor. Der „RotFuchs“ habe eine beachtliche Außenwirkung. „Auf dem Parteitag sagten mir Genossen, die ich persönlich nicht kannte, es sei gut, daß es uns in der DKP gäbe und wir erführen mehr Ak-

zeptanz, als wir glaubten ... Aber Parteivorstand und UZ verleugnen uns nach wie vor wie ein uneheliches Kind zur Jahrhundertwende, das noch dazu in einem falschen Nest geboren wurde.“ Wir sollten uns bemühen, noch stärker die Spezifik der ostdeutschen Entwicklung in RF-Beiträge einfließen zu lassen.

Als Zweiter berichtete unser Ersatzdelegierter Hartwig Strohschein. Er stellte nüchtern fest: „Es war ein kleiner Parteitag einer kleinen Partei“. Die Strukturierung der Diskussion, verbunden mit ihrer Beschränkung auf gewerkschaftliche und kommunale Arbeit, hätte dazu geführt, daß wesentliche Probleme nicht zur Sprache gekommen seien. „Dem ist auch der Beitrag unseres Genossen Hans Fischer, der für den PV kandidierte, zum Opfer gefallen.“ Die leider nicht erfolgte Wahl eines weiteren Kommunisten mit DDR- und SED-Erfahrung wäre der Arbeit des Parteivorstandes sicher zugute gekommen. Die ostdeutschen Anliegen hätten bedauerlicherweise kaum eine Rolle gespielt; da wirke es befremdend, wenn Heinz Stehr beklage, daß so wenig SED-Mitglieder den Weg zur DKP fänden. Das Bild, das wir zur Zeit bieten sei „von Westdominanz und Zerstrittenheit“ geprägt. Wir müßten als Kommunisten einen menschlichen Umgang pflegen, wie wir ihn uns in etwa im Kommunismus vorstellten. Als Höhepunkte des Parteitages bezeichnete der Redner ein abendliches Kulturprogramm sowie das Hearing mit ausländischen Gästen. Er befürworte sehr den Ausbau der konkreten Zusammenarbeit mit anderen Parteien, auch auf der Ebene der Grundorganisationen. Abschließend trat der Delegierte Hans Fischer ans Mikrofon. Er habe zum ersten Mal an einem Parteitag teilgenommen. Am meisten hätten ihn die Lebendigkeit der Diskussion und der in vielen Beiträgen zum Ausdruck gekommene Ideen- und Gedankenreichtum beeindruckt. Optimismus habe die Abendveranstaltung mit den Genossen der Bruderparteien verbreitet, während das Jugendforum Ausdruck dessen gewesen sei, daß wir auf diesem Gebiet „fast bei Null anfangen müssen“. Mit seinem nichtgehaltenen Diskussionsbeitrag (RF Nr. 29) hätte er das Ziel verfolgt, zur Integration innerhalb der Partei beizutragen. Für ihn sei es durchaus verständlich, daß die unmittelbare Zusammenarbeit von Kommunisten mit so unterschiedlichen Biografien und Kampferfahrungen „nicht immer konfliktfrei“ verlaufen könne. Da der Marxismus-Leninismus jedoch die gemeinsame Basis bilde, könnten Meinungsverschiedenheiten prinzipiell gelöst werden. Der Redner skizzierte einige Grundgedanken seines Beitrags und erinnerte an Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit westdeut-

schen Genossen in der Matanzas-Brigade: „Wir sind uns näher gekommen ... Fast jeder spricht mit Bitterkeit über die gemeinsame Niederlage. Aber: Europa ist nicht die Welt!“

Die Diskussion, an der sich neun Genossen beteiligten, bewegte sich - neben der Erörterung von Personalfragen - um drei Schwerpunkte. 1. „RotFuchs“: Die Zeitung sei inzwischen von so kräftiger Statur, daß es auf dem Parteitag keine einzige kritische Stimme dazu gegeben habe. Im Gegenteil: Die Verteilung einiger Dutzend Exemplare unter Delegierten und Gästen habe uns eine Reihe neuer Abonnenten zugeführt. Ab sofort werde das Blatt in einer weiter erhöhten Auflage gedruckt und nicht länger zentral kopiert. Dadurch entfielen aufwendige manuelle Arbeiten. In einem Pausengespräch wurde der Gedanke geäußert, nächstes Jahr eine Leserkonferenz mit breiter Beteiligung einzuberufen. 2. Internationale Zusammenarbeit: Noch einmal wurde an die herzliche Aufnahme unserer Genossen durch die belgische PTB und deren Zeitung „Solidaire“ erinnert (s. RF Nr. 28) und die Frage gestellt, warum die DKP eigentlich keine offiziellen Beziehungen zu dieser revolutionären Partei unterhalte. Und: „Warum können wir nicht die Belgier auch einmal zu uns einladen?“ Ein bewegendes Plädoyer gab es für das Internationale Sommerfest der Berliner DKP, das am 15. Juli nun schon zum zweiten Mal unter Beteiligung mehrerer ausländischer Parteien ausgerichtet wurde.

3. Theoretische Arbeit: „Wir brauchen gerade heute eine theoriebewußte Partei“, wurde unter Hinweis auf ein Wort von Hans Heinz Holz betont. Hier habe der Parteitag leider nicht genügend geleistet. Mehrere Genossen gingen nochmals auf die UZ-Artikel Robert Steigerwalds ein, die zur Verschärfung der Konfrontation beigetragen hätten. Die Methode, andere Auffassungen und deren Träger ideologisch zu verketzern, erinnere an schlimme Zeiten des innerparteilichen Umgangs miteinander.

Nach der streckenweise leidenschaftlichen Diskussion beschloß die Versammlung einstimmig, das Verhalten des Berliner DKP-Bezirksvorsitzenden Reiner Vollradt in der Personaldiskussion des 15. Parteitags zu mißbilligen und ihm das Mißtrauen der Gruppe auszusprechen.

Fazit des Berichterstatters: Die intensive Auswertung der Eindrücke aus Duisburg hat viele Gedanken hervorgebracht, die uns helfen werden, noch größere Ausstrahlung zu erreichen. Und: Ermutigend war das hohe Maß an Geschlossenheit, mit der die Gruppe das Verhalten und Auftreten ihrer Delegierten auf und nach dem Parteitag unterstützt.

Frank Mühlefeldt

Ist der „demokratische Sozialismus“ von SPD und PDS identisch?

Nüchterne Vergleiche

Im Frühjahr 1994 nahm Rolf Vellay in der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ (KAZ) zu einem Leserbrief von Erika Wehling-Pangerl Stellung, der unter der Überschrift „Warum wir die PDS nicht bekämpfen sollten“ am 18. März 1994 erschienen war. Wir drucken den interessanten Beitrag im wesentlichen nach und empfehlen unseren Lesern seinen Inhalt zur Diskussion.

Geradezu exemplarisch bietet sich als Ansatzpunkt für eine Beschäftigung mit den politischen Zielsetzungen der PDS die Namensgebung „Partei des Demokratischen Sozialismus“ an. Diese Bezeichnung ist ja durchaus keine Neuschöpfung, sondern in der revolutionären Arbeiterbewegung schon seit Jahrzehnten in - ich drücke mich neutral aus - ganz bestimmter Weise besetzt. Ein Griff ins Archiv fördert da Interessantes zutage.

Wie hat sich z. B. die DKP vor mehr als zwanzig Jahren zum „demokratischen Sozialismus“ geäußert? In Heft 8/1973 von „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, dem seinerzeitigen Theorieorgan der kommunistischen und Arbeiterparteien, stellte Max Schäfer, ein führender Funktionär der DKP und damals Chefredakteur der Zeitschrift „Marxistische Blätter“, fest: „Im Kampf gegen den Marxismus-Leninismus setzen die Ideologen der rechten Sozialdemokraten - und das nicht nur der westdeutschen - besondere Hoffnungen auf die Konzeption des sogenannten demokratischen Sozialismus.“ Bestätigt sieht Schäfer diese Einschätzung durch den damaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von NRW und späteren stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden, Heinz Kühn, der in einem Interview unmißverständlich erklärte: „Als Partei des demokratischen Sozialismus ist die SPD eine antikommunistische Partei ...“

Der DKP-Politiker gelangt in seinem zuvor zitierten Beitrag zu der Einschätzung: „Im Grunde genommen ist der ‘demokratische Sozialismus’ die Fortsetzung des Revisionismus in der Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende. Alle wesentlichen Merkmale des alten Revisionismus treffen auch für die Ideologie des heutigen Sozialdemokratismus zu. So wird z. B. in dem Artikel von Friedrich Brand im theoretischen Organ der SPD („Neue Gesellschaft“) gesagt: ‘Die Revisionismus-Bewegung in der Sozialdemokratie kann mit der Bewegung zum demokratischen Sozialismus gleichgesetzt werden.’“

In seiner Analyse kommt Max Schäfer zu folgender Aussage: „Eine Untersuchung der Konzeption des ‘demokratischen Sozialismus’ führt zu dem Ergebnis, das in den Thesen des Düsseldorfer DKP-Parteitag (1972) festgehalten wird: ‘Der sogenannte

demokratische Sozialismus ist nicht etwa eine Variante der sozialistischen Ideologie und steht auch nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Er ist vielmehr Bestandteil imperialistischer Ideologie und Politik.’“

Bei all meinen sonstigen Meinungsverschiedenheiten mit der DKP - dieser Einschätzung der Ideologie des „demokratischen Sozialismus“ durch Max Schäfer und den Parteitag der DKP kann ich nur voll und ganz zustimmen. Für eine aktuelle Nutzenanwendung stellt sich die Frage, inwieweit der „demokratische Sozialismus“ der PDS jener Ideologie wesensverwandt ist, die Max Schäfer analysierte, oder ob er sich - trotz der gleichen Bezeichnung - davon unterscheidet.

Für hilfreich halte ich einen Blick in die Unterrichtsvorlage des „Marxistischen Studentenbundes Spartacus“ (der Studierenden-Organisation der DKP bis 1990) aus dem Jahr 1977. Als erstes Bildungsthema wurde damals „Kautsky - ein Vorläufer des demokratischen Sozialismus“ behandelt. Über letzteren wird darin gesagt: „Er dient der Reformierung des imperialistischen Systems und der Integration der Arbeiterbewegung und der Linkskräfte.“ Erika Wehling-Pangerl ist anzuraten, anhand dieser Kriterien die Politik der PDS zu überprüfen.

An anderer Stelle des MSB-Schulungsmaterials heißt es: „Der demokratische Sozialismus fungiert als ‘Konjunktursozialismus’ und als Integrationsideologie gegenüber der linken Basis der Sozialdemokratie.“ In dieser Passage finde ich den Ausdruck „Konjunktursozialismus“ besonders treffend. Nach der Annexion ihres Staates durch schonungslose Konfrontation mit der alltäglichen Barbarei des Kapitalismus aus den Westfernseh-Illusionen zurückgeholt, sind einstige DDR-Bürger, wie ich bei einem Kuraufenthalt in Bad Elster selbst feststellen konnte, von einer diffusen Sozialismus-Nostalgie erfüllt, die die PDS in eine nebulöse Utopie-Vorstellung transformiert. Der schon dutzende Male benutzte ideologische Kaugummi, „Dritter Weg“ hat erneut Konjunktur - und das kann man wirklich nicht besser kennzeichnen als mit dem Ausdruck „Konjunktursozialismus“. Der aber erfüllt seine integrative Funktion hervorragend gegenüber der in der Tat weitgehend linken Basis der PDS.

Einen Beitrag neueren Datums zur Einschätzung des „demokratischen Sozialismus“ lieferte Hans-Peter Brenner (der bis zum 14. Parteitag der DKP dem Parteivorstand angehörte - d. R.) in der UZ vom 10. April 1992. In einem Artikel zu langfristigen Planungen und Aktivitäten des USA-Imperialismus auf dem Gebiet der ideologischen Diversion wies er darauf hin, daß der Klas-

senfeind besonderen Wert auf die Förderung „reformkommunistischer“ und zur Sozialdemokratie tendierender Strömungen innerhalb des sozialistischen Lagers gelegt habe. Brenner schrieb damals: „Es gab in der imperialistischen Strategie zur Zerschlagung des realen Sozialismus einen fest eingeplanten Faktor, um kommunistische Parteien von innen zu zerstören: den ‘abtrünnigen’ Kommunismus, der die Zersetzung und Lahmlegung dieser marxistisch-leninistischen Parteien vorantrieb.“ Der Autor beklagte dann: „Diese Verknüpfung von Sozialdemokratie, ‘Reformkommunismus’ und ‘demokratischem Sozialismus’ zur Kenntnis zu nehmen, fällt der DKP noch immer sehr schwer.“

Ebenso schwer fällt es offenbar Erika Wehling-Pangerl, zu erkennen, daß mit der Propagierung des „demokratischen Sozialismus“ von der Spitze der PDS her eine nach Parteitagsbeschluß der DKP konterrevolutionäre Ideologie vertreten wird, wenn sie schreibt: „Die PDS sieht sich als sozialistisch und als ‘pluralistisch’, was die offizielle Existenz von Kommunisten in dieser Partei mit beinhaltet - einschließlich der Kommunistischen Plattform der PDS als Teil der Partei.“

Nähren nun sogenannter Pluralismus und die Duldung der Kommunistischen Plattform berechnete Hoffnungen auf eine fortschrittliche Entwicklung dieser Partei? Trotz hunderttausender revolutionär gestimmter Mitglieder und der damaligen „Kommunistischen Plattform“ in Gestalt des Spartacus-Bundes verriet die Führung der SPD 1918/19 in der Stunde der Bewährung die Revolution! Und trotz hunderttausender ehrlicher Revolutionäre in den reformistischen Parteien der II. Internationale bezeichnete Lenin deren Führer 1917 in „Staat und Revolution“ als das, was sie sind: „Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung“. Die Frage ist heute: Sind Politiker wie Gysi, Modrow und Gehrcke aufgrund ihres Bekenntnisses zum „demokratischen Sozialismus“ in gleicher Weise einzuschätzen oder ist der „demokratische Sozialismus“ der PDS von anderer, neu zu beurteilender Qualität? Darüber sollte diskutiert werden.

Ein anderes Thema ist das Wahlverhalten im Hinblick auf die PDS. Selbst wenn man zu der Einschätzung gelangt, mit der Ideologie des „demokratischen Sozialismus“ werde in beiden Fällen konterrevolutionäres Gedankengut transportiert, kann man in einer bestimmten politischen Konstellation unter Berücksichtigung aller relevanten Gesichtspunkte zu der Auffassung gelangen, daß es politisch richtig ist, der PDS die Stimme zu geben. Doch das hängt von der jeweiligen Situation ab.

Rolf Vellay

Griechenlands KKE war Gastgeber von 60 Parteien aus 47 Ländern

3. Internationales Treffen in Athen

Zum dritten Mal innerhalb der letzten drei Jahre fand in der griechischen Hauptstadt Athen ein internationales Treffen von Vertretern kommunistischer und Arbeiterparteien statt. Bei der Begegnung, an der 60 Parteien aus 47 Ländern teilnahmen, debattierten Parteiführer von allen fünf Kontinenten darüber, wie das Ringen gegen den Imperialismus und für eine ausbeutungsfreie sozialistische Gesellschaft unter den gegenwärtigen Bedingungen organisiert werden kann. Der Diskussion über das Thema „Erfahrungen aus den Kämpfen, den Bündnissen und der Zusammenarbeit der Kommunisten heute“ wurde breiter Raum gewährt.

Auf einer Pressekonferenz in Athen, die am 26. Juni stattfand, faßte Orestis Kolozof, Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE), die wiederum Initiatorin und Gastgeberin der dreitägigen Konferenz war, die Resultate zusammen: „Allgemein wurde die Abhaltung derartiger Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien als nützlich und notwendig bezeichnet. Mehrere Redner haben sich dafür ausgesprochen, solche Begegnungen fortzusetzen und den Gedankenaustausch zu verstärken. Es hat sich gezeigt, daß die Kommunisten trotz schwieriger nationaler und internationaler Bedingungen weiterhin in Aktion sind, zusammenkommen, ihre Erfahrungen austauschen und eine reale Kraft auf allen Kontinenten darstellen.“

Die Konferenz kam weiter zu dem Ergebnis, daß „die Bündnispolitik jeder Partei untrennbar mit den täglichen Kämpfen im innerstaatlichen Rahmen verknüpft ist und zugleich Nationales mit Internationalem verbindet. Mehrere Teilnehmer unterstrichen die Notwendigkeit, internationale Treffen der Kommunisten mit spezifischer Thematik sowie regionale Begegnungen nach Kontinenten durchzuführen.“

Die Kluft zwischen Nord und Süd werde stets breiter - und zwar zuungunsten der Völker des Südens, woraus sich ergebe, daß dieser Teil der Welt „ein bedeutender Schauplatz von Konflikten mit dem Imperialismus“ geworden sei.

Auf dem Treffen wurden auch unterschiedliche Standpunkte deutlich. Viele Redner hoben jedoch hervor, daß die Begegnungen von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien dessen ungeachtet auch die gemeinsamen Ansichten deutlich gemacht hätten, die „im Kampf gegen den Imperialismus, gegen dessen Aggressivität und gegen die Methoden der Ausbeutung der Werktätigen im internationalen Maßstab bestehen“.

Großes Gewicht wurde den jüngsten anti-imperialistischen Massendemonstrationen beigemessen, die z. B. in Seattle, Davos, Washington, Bangkok und Portugal gegen die Politik des Internationalen Währungsfonds, der Welthandelsorganisation, der Weltbank, der EU u. a. stattgefunden haben. Der Akzent wurde zugleich auf den Kampf gegen die neue NATO-Doktrin und die weiter gestiegene Aggressivität dieses imperialistischen Paktsystems gelegt. Die in Athen versammelten Parteien betonten die Pflicht der Kommunisten, sich in diese Bewegungen und Aktionen noch energischer einzuschalten.

Das 3. Internationale Treffen beriet über die Koordinierung des Kampfes gewerkschaftlicher Organisationen gegen den Abbau der Arbeiterrechte und sozialen Erwerbsbedingungen. Viele Redner hoben die Notwendigkeit weltweiter und regionaler Abstimmung und die besondere Bedeutung des Engagements der Kommunisten hervor.

Nicht minder galt die Aufmerksamkeit der Teilnehmer den Formen und Methoden der Kommunistenjagd in vielen Ländern, wo die Parteien verboten oder ihre Mitglieder und Anhänger Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt sind. Dagegen wurde entschiedener Protest erhoben.

Die Generalsekretärin des ZK der KKE, Aleka Papariga, hatte in ihrer Begrüßungsansprache auf dem 3. Internationalen Treffen u. a. erklärt: „Es wird angestrebt, daß diese Begegnung dazu beitragen möge, die daran teilnehmenden Parteien - ausgerüstet mit der Waffe der Prinzipien und der Werte des Sozialismus - in die Lage zu versetzen, die Schlacht für ein Erwecken des Volksgewissens ... aus besseren Positionen zu führen ... Die Bündnispolitik antwortet auf die quälende Frage, wie es den Völkern gelingt, die imperialistische Politik zu behindern und zu hemmen.“ Es gehe schließlich um die Frage von strategischer Bedeutung, wie eine neue Periode der Entwicklung starker sozialer und revolutionärer Bewegungen vorbereitet und so der Fatalismus erfolg-

reich bekämpft werden könne.

Auf dem Treffen wurde den Teilnehmern das erste Heft der neuen internationalen Zeitschrift „Informationsbulletin“ vorgelegt, in dem jede kommunistische und Arbeiterpartei die Möglichkeit erhält, ihre Dokumente zu veröffentlichen. Die Delegierten wurden um Unterstützung dieser Initiative der KKE gebeten. Das 200 Seiten umfassende Bulletin erscheint dreimal jährlich in einer englischen und einer russischen Ausgabe, deren Auflage jeweils 3 000 Exemplare beträgt. Auf redaktionelle Kommentare wird verzichtet, die Dokumente erscheinen in der Reihenfolge, in der sie eingehen. Die KKE hat die Betreuung und Herstellung übernommen, die anderen Parteien sind um Beteiligung an den Kosten und um die Absicherung des Versands in ihren jeweiligen Bereichen ersucht worden.

Von großer Bedeutung ist auch das im September 1999 - ebenfalls auf Initiative der KKE - geschaffene „Zentrum Schneller Information“, dessen Website im Internet unter „Solidnet.ORG“ läuft und der Verbreitung von Kenntnissen über die kommunistische Weltbewegung dient. Bisher hatte sie rund zehn Millionen Besucher. Solidnet bietet gegenwärtig mehr als 750 Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien an.

Thanos Dimitriou, Athen



„Wenn der Streß an der Börse notiert würde, wäre ich Milliardär!“
Aus Solidaire

Hat sich die NATO erst später gehäutet?

Ein Aggressionspakt von Anfang an

Mit dem Überfall auf Jugoslawien, so ist seit einem Jahr oft zu hören, hätte sich die NATO in ein aggressives Militärbündnis verwandelt. Selbst in der UZ war solches zu lesen. Dementsprechend wird auch behauptet, die Bundeswehr würde nun „entgegen ihrem ursprünglichen Verteidigungsauftrag“ zu einer Interventionsarmee umgebildet. Das sind gefährliche Fehlbewertungen. Sie gründen sich auf die antikommunistische Bedrohungslüge und transportieren zugleich die widerlegte Behauptung von der „Friedensfähigkeit des Imperialismus“. Daraus folgt dann eine „Politikfähigkeit“, bei der die Forderung nach Auflösung der NATO aus der Politik verschwindet. Die Zeit verweht die Spuren... Es gibt nur eins, was die NATO seit ihrer Gründung verteidigte: Die aggressiven und expansionistischen Ziele des Imperialismus gegenüber dem Sozialismus, der internationalen Arbeiterbewegung und den unterdrückten Völkern.

War die NATO in ihrer Hauptstoßrichtung gegen die sozialistischen Länder etwa defensiv?

Das „Zurückdrängen des Kommunismus“ als strategisches Anliegen ist schon in ihre Geburtsurkunde geschrieben, und es war die BRD, die dabei die Aufgabe eines Rammbocks übernahm. „Das Gebiet Westdeutschlands ist durch ein breit angelegtes Netz von Luftwaffen- und Raketenbasen, Pipelines, Lagern nuklearer und konventioneller Waffen, Versorgungszentren usw. der bestvorbereitete Aufmarschraum der NATO“, umriß der Marschall der Sowjetunion W. D. Sokolowski 1969 diese Maßnahmen. Und von den Alpen bis Flensburg, von Wilhelmshaven bis in die Rhön waren genug Beweise für das Zutreffen dieser militärisch knappen Beschreibung zu finden. Der 17. Juni 1953, Ungarn 1956, die Entwicklung vor der Sicherung der DDR-Grenze 1961, die konterrevolutionären Aktionen der „Solidarnosc“ in Polen - ausgeschlossen ohne NATO-Division. Die Truppen des imperialistischen Paktsystems, die 1968 an den Grenzen der CSSR in Bereitstellungsräume gingen, hatten anderes vor, als einem „demokratischen Sozialismus“ zum Durchbruch zu verhelfen. Zahlreich sind die Berichte und Dokumente von Kundschaftern des Friedens, in denen - oft direkt aus dem NATO-Hauptquartier und mit höchster Geheimhaltungsstufe klassifiziert - Aggressionspläne bis zum Überfall mit Nuklearwaffen aufgedeckt wurden. Die Ausgabe von Wörterbüchern in russisch, polnisch, tschechisch und slowakisch an NATO-Offiziere weist auf die geplante Marschrichtung der „Verteidiger“. Die Aufstellung der bis zum Ural reichenden Pershing-II-Atomraketen in der BRD Anfang der 80er Jahre brachte diese Aggression schließlich auf den Punkt und später die Gorbatschow-Clique zur Kapitulation. Eine ganze Reihe imperialistischer Politiker von Bahr bis Kissinger haben seit 1989 sehr offen ihr Verständnis vom Zusammenhang zwischen „Entspannung“ und Totrösten erklärt, dessen offensive Ausrichtung Reagan in die

Formel faßte: „Zerschlagung des Reichs des Bösen“.

War die NATO in ihrer Stoßrichtung gegen die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker etwa defensiv?

Ihrer Gründung folgte unmittelbar der Angriff auf das koreanische Volk. Die Kolonialkriege NATO-Frankreichs in Vietnam und Algerien zielten auf Niederwerfung der antikolonialen und patriotischen Kräfte. Waren in Korea Truppen mehrerer NATO-Staaten direkt beteiligt, so hätte Frankreich den schmutzigen Krieg in Indochina ohne NATO-Hilfe nicht so lange durchhalten können. Auch die USA-Aggressionen in Vietnam, Laos und Kambodscha stützten sich auf NATO-Strukturen und -Kräfte - insbesondere in der BRD und nutzten sie als logistisches Hinterland. Ebenso wurde 1970 beim „Schwarzen September“ verfahren, als NATO-gerüstete und -beratene jordanische Truppen den palästinensischen Widerstand zu brechen versuchten: Auf NATO-Basen in Hessen und der Pfalz erhielten Panzer und andere Militärfahrzeuge über Nacht Wüstentarnanstrich. Der langjährige Kolonialkrieg der portugiesischen Faschisten in Angola, Mocambique und Guinea-Bissau wäre ohne die umfassende militärische Unterstützung der NATO wohl eher mit dem Sieg der Befreiungsbewegungen zu Ende gegangen. Und der BRD mit ihren seit dem Hitlerfaschismus guten Beziehungen zum Salazar-Regime wurde dabei von Brüssel die Hauptaufgabe zugewiesen. Genau deshalb sprengte 1969 ein Kommando des portugiesischen Widerstandes mitten im Hamburger Hafen auf der Kriegswerft Blohm & Voß eines von vielen für Salazars Marine bestimmten NATO-Schnellbooten. Als sich 1981 in Teheran die Auseinandersetzung um die besetzte USA-Botschaft zuspitzte, verschickten die Bundeswehr und andere NATO-Armeen geheime Gestellungsbefehle an Reservisten, die bei Bekanntwerden eines Code-Wortes wirksam werden sollten.

War die NATO in ihren Mitgliedsländern etwa defensiv in ihrer Stoßrichtung gegen revolutionäre und demokratische Kräfte der Arbeiterklasse?

„Ein Freiheitsopfer für den Korea-Krieg“, nannte BRD-Justizminister Dehler jene „Blitzgesetze“, die zehntausenden Kommunisten und Antifaschisten Verfolgung und Gefängnis brachten. Die Diversions- und Terrororganisation der NATO „Gladio“ hat in allen Bündnisstaaten skrupellos gearbeitet und tut es noch. Ihre Operationen reichten bis zu faschistischen Putschplänen und der blutigen „Strategie der Spannung“ in Italien. Selbst die „neutrale“ Schweiz hat sich mit einer eigenen konspirativen „Gladio-Truppe“ in dieses volksfeindliche Programm integriert und beteiligt sich seit Jahrzehnten an NATO-Stabsübungen. Gladio-Kader bereiteten in Zusammenarbeit mit NATO-Kommandostellen im April 1967 den faschistischen Putsch der Schwarzen Obristen in Griechenland vor. Im Hamburger Hafen war

es in jenen Tagen ein offenes Geheimnis, daß an einem Kai dutzende NATO-Panzer mit den Bestimmungshäfen Piräus und Thessaloniki verladen wurden. Mehrfach schon war im „RotFuchs“ von der Einmischung der NATO im Portugal der April-Revolution zu lesen. Abgesichert wurde das Vorgehen durch NATO-Kriegsschiffe: Als in Lissabon die Machtfrage stand, hielten sie in Sichtweite der Hauptstadt Seemanöver mit der Bezeichnung „Locked Gate“ (Verschlossenes Tor) ab - als dann die Konterrevolution gesiegt hatte, folgte die Übung „Open Gate“ (Offenes Tor). Besonders aktiv hat die NATO den Militärfaschismus in der Türkei befördert. War schon der Putsch 1971 von ihr geplant und organisiert, so wurde dies beim zweiten Putsch im September 1980 durch die „zu Manövern“ anwesende multinationale NATO-Eingreiftruppe ergänzt.

Dies kann nur eine Auswahl der NATO-Operationen gegen revolutionäre und demokratische Bewegungen im „Bündnisbereich“ sein. Daß faschistische und ähnliche Regimes - Portugal und Griechenland bis 1974, die Türkei bis heute - völlig NATO-konform sind, sagt genug über diese Art der „Verteidigung“ von „Freiheit und Menschenrechten“. Ergänzt wird das Bild durch geheime Zusatzklauseln in den NATO-Verträgen aller Mitgliedstaaten, die ein direktes Regime des Brüsseler Hauptquartiers im Falle schwerer „innerer Unruhen“ vorsehen.

Bereits 1952 erklärte das USA-Außenministerium: „Die NATO existiert, um über die Sicherheit der Mitgliedsländer zu wachen, und die Sicherheit muß als Ganzes betrachtet werden. Die innere Sicherheit ist ebenso wichtig wie die äußere.“ Dabei sieht die NATO ihre Bündnisgrenzen schon immer als relativ und behandelt sie „flexibel“ - mal liegen sie im Süden Afrikas, mal in Vietnam. Die im Vorjahr beschlossene neue NATO-Strategie legt diesen aggressiven Charakter in einer zynischen und frechen Art offen.

All das war nicht möglich, solange es die sozialistischen Staaten auf unserem Kontinent gab und der Warschauer Vertrag bestand. Nun kann ohne Bedrohungslüge auch politisch-ideologisch aufgetrumpft und ohne die zügelnde Wirkung des Sozialismus ungehemmt Krieg geführt werden: So zeigt der Überfall auf Jugoslawien, den Widerstandsherd im „neugeordneten“ Europa, das wahre Wesen der NATO. Und so folgen auch die in Jugoslawien von den neuen Nacht- und Nebel-Akteuren aus Brüssel und Den Haag organisierten Entführungen und Auftragsmorde an Kommunisten und anderen Kadern der patriotischen Belgrader Regierung exakt den Linien einer seit 50 Jahren gültigen Strategie. Die NATO ist der Maxime des Imperialismus treu: Aggression nach innen und außen. Sie ist dessen militärisch-politischer Stab. Sie führt seine gesamten offenen und geheimen Streitkräfte sowie seine Spionage- und Diversionsorgane. Das bleibt so, bis sie für immer daran gehindert wird.

Werner Hoppe

Ein Gespräch mit der australischen KP-Führerin Anna Pha

Probleme des fünften Kontinents

Anna Pha (55) ist Chefredakteurin der in Sidney erscheinenden kommunistischen Wochenzeitung „Guardian“. Sie gehört dem Exekutivkomitee und dem Sekretariat des ZK der KP Australiens an, die zwischen 1971 und 1996 Sozialistische Partei Australiens hieß und sich auf die ruhmreichen Traditionen der vor 80 Jahren gegründeten Communist Party of Australia berufen kann. Nach einer Phase heftiger Auseinandersetzungen und mehreren Spaltungen in der kommunistischen Bewegung des Landes, das zugleich den fünften Kontinent bildet, hatten sich die Delegierten auf dem 8. Parteitag der SPA für die Rückkehr zum alten Parteinamen entschieden. „Damit bekräftigen wir unsere Verbundenheit mit dem sozialistischen Ziel und der Orientierung auf die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft. Sie signalisiert unser fortbestehendes Vertrauen in unsere Ideologie - den Marxismus-Leninismus“, war im Oktober 1996 in einer Resolution festgestellt worden.

Jetzt befand sich Anna Pha, die uns schon vor sechs Jahren besucht und damals auch auf einer DKP-Versammlung gesprochen hatte, wieder für einige Tage in Berlin. Sie kam von dem Athener Treffen kommunistischer und Arbeiterparteien. Zeitweilig begleitet von den für internationale Arbeit verantwortlichen Mitgliedern des DKP-Bezirksvorstandes, Hans Fischer und Hartwig Strohschein, machte sie sich mit der aktuellen politischen Situation in der BRD vertraut.

In einem „RotFuchs“-Gespräch vermittelte sie wichtige Kenntnisse zur Lage in Australien und zum Kampf ihrer Partei. Die 1920 entstandene KPA habe - vor allem durch ihren großen Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung Australiens und ihren profunden Internationalismus - seinerzeit hohes Ansehen in der Arbeiterbewegung des Landes und auch im Ausland genossen. Sie sei, berichtete Anna Pha, stets eine Partei des Klassenkampfes und der Orientierung auf die proletarischen Massen gewesen. Die KPA weise die opportunistische These zurück, daß der Sozialismus als System „gescheitert“ und der Marxismus-Leninismus „aus der Mode gekommen“ seien. Sie messe der theoretischen wie der praktischen Arbeit große Bedeutung bei und stütze ihre Analyse auf die von Marx, Engels und Lenin entwickelten Konzepte des wissenschaftlichen Sozialismus - den dialektischen und historischen Materialismus, die politische Ökonomie und

die Lehre vom Klassenkampf. Um die Ideologie unter den Genossen und Sympathisanten zu vertiefen, gebe sie neben dem „Guardian“ die theoretische Zeitschrift „Australian Marxist Review“ heraus. Seit kurzem bestehe auch wieder eine Parteischule, die Wochenendlehrgänge zur Entwicklung von Kadern der Zentrale, der einzelnen Staaten Australiens und der örtlichen Branches anbiete. Die Partei, die nach wie vor gewisse Positionen in den Gewerkschaften besitze, gründe sich auf den demokratischen Zentralismus. Sie wende sich entschieden gegen ultralinke und sektiererische Ideen, die das Wirkungsfeld der Kommunisten einengten und richte ihren Kampf zugleich gegen rechtsopportunistische Tendenzen.

In der Politischen Resolution des 8. Parteitages sei vor vier Jahren u. a. festgestellt worden: „Rechtsgerichtete Kräfte idealisieren die demokratischen Rechte, die in kapitalistischen Gesellschaften bestehen, und präsentieren sie in einer klassenindifferenten Weise, als gegenüber den demokratischen Rechten in sozialistischen Gesellschaften höherstehend. Eine superkritische Haltung wird in Bezug auf die existierenden sozialistischen Länder eingenommen. Es gibt das Bestreben, die Errungenschaften der sozialistischen Länder nicht bekanntzumachen - und zwar aus Furcht, als Unterstützer 'undemokratischer Regimes' bezeichnet zu werden.“ Zugleich versuche man, Teile der marxistischen Ideologie als „überholt“ darzustellen.

Anna Pha schilderte anschaulich die sozialökonomische und politische Lage in Australien. Fast 80 % aller Beschäftigten seien heute im Dienstleistungssektor tätig, der mehr als 70 % des Bruttosozialprodukts und 23 % des Exports erbringe. Die Zahl der Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie sei allein zwischen 1973 und 1995 von 35,5 % auf 13,36 % zurückgegangen. Die führende Kommunistin bezeichnete Australien als Opfer des Imperialismus - die Investitionen ausländischer Konzerne und Banken betragen 401 Milliarden Dollar der Landeswährung -, zugleich aber auch als eine imperialistische Macht von mittlerer Größe, die anderen ihren ökonomischen und politischen Willen aufzwinge: 141 Milliarden Dollar australischen Kapitals seien im Ausland investiert. Unter der rechtsgerichteten und großbürgerlichen Koalitionsregierung des Premierministers John Howard, die 1996 nach 13 Jahren des Regierens der rechtssozialdemokratischen Labor Party ans Ruder gekommen sei, habe sich ein weiteres Absinken des Lebensstandards der rund 19 Millionen Australier vollzogen. Während die ärmsten 10 % der Bevölkerung ein Realeinkommen bezögen, das unter dem Niveau des Standes von 1987 liege, habe das wohlhabendste 1 % seine Bezüge in dieser Zeit um 30 % steigern können.

Anna Pha warnte vor Illusionen über die Labor Party. „Die sozialdemokratische Parteien, darunter auch unsere, haben sich in den letzten Jahren substantiell nach rechts



Anna Pha

Foto: Bruni Steiniger

bewegt. Sie werden vom Kapitalismus in zunehmendem Maße als Alternative anerkannt und von der herrschenden Klasse unterstützt“, stellte sie fest. Es sei Unsinn, die Labor Party als das „geringere von zwei Übeln“ zu sehen; andererseits wäre es politisch ebenso unklug, bestehende Unterschiede - was die Mitglieder- und Wählerbasis betrifft - nicht in Betracht zu ziehen. Die australischen Kommunisten suchten das breitestmögliche Bündnis, ohne dabei eigene Prinzipien aufzugeben. Es gehe letztlich um die Durchbrechung des Zweiparteiensystems.

Die KP-Führerin nannte - last not least - zwei Aspekte, die in der Politik ihrer Partei eine große Rolle spielen: die Verteidigung der Rechte der Ureinwohner Australiens (Aborigines) - einer nationalen Minderheit -, die bis in die 60er Jahre mit Füßen getreten worden seien, und den Kampf um die Gleichstellung der Einwanderer. Sie bezog sich dabei auf Fakten und Zahlen. Bis 1967 seien die eingeborenen Australier nicht als Staatsbürger behandelt worden. Ein großer Teil der Kinder wurde ihnen weggenommen und in weißen Familien oder kirchlichen Einrichtungen erzogen. Ihre Landrechte fanden keine Anerkennung. Allein zwischen den 60er Jahren des 19. und den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts ermordeten die britische Soldateska und rassistische Siedler in Nordaustralien mehr als 10 000 Aborigines. Noch heute beträgt deren Lebenserwartung 15 bis 20 Jahre weniger als die des Durchschnitts der Landesbewohner. Die Säuglingssterblichkeit ist fünfmal höher. Nur 33 % der Kinder der Aborigines beenden die Schule, 2,2 % haben einen höheren Abschluß. Die Arbeitslosenrate beträgt 38 %, das durchschnittliche Einkommen 65 % der allgemeinen Bezüge. Gegen das schreiende Unrecht habe sich eine mächtige Bewegung formiert, sagte Anna Pha. Die Ureinwohner des 5. Kontinents, deren Vorfahren das Land vor 40 000 Jahren besiedelten, seien jetzt gut organisiert und erführen starke Unterstützung auch seitens vieler Weißer. Der Marsch für „Versöhnung“ am 28. Mai habe 900 000 Australier auf die Straße gebracht.

Heute seien in Australien, wo Menschen aus 160 Ländern lebten, vier von zehn Bürgern Migranten oder Kinder von Einwanderern. Viele würden trotz häufig höherer Qualifikation weit unter dem Niveau ihrer Fähigkeiten beschäftigt. Da einer von neun Australiern in einem Land geboren worden sei, wo man nicht englisch spreche, gebe es eine die Diskriminierung befördernde Sprachbarriere. Die KP Australiens führe einen konsequenten Kampf für die Gleichstellung aller Landesbürger, betonte Anna Pha. „Wie sich das für eine richtige marxistisch-leninistische Partei gehört.“

K. St.

Zur Losung von der Europäischen Kommunistischen Partei

Eine durchdachte Idee?

Auf dem 15. Parteitag der DKP und bei anderer Gelegenheit wurde der Gedanke ins Spiel gebracht, auf eine Europäische Kommunistische Partei hinzuarbeiten, zu der sich die gegenwärtig auf unserem Kontinent bestehenden Einzelparteien zusammenschließen könnten. In einer Bezirksmitgliederversammlung der Berliner DKP erläuterte z. B. Heinz Stehr diese „Losung“ etwas eingehender, wobei er - mit kritischen Einwänden hierzu konfrontiert - darauf verwies, es handle sich um ein Zukunftsprojekt, das von „mehreren Parteien“ unterstützt werde. Dabei gehe es nicht um die Auflösung der nationalen Organisationen, sondern um eine Art kontinentales Dach für die Bewegung. Ähnliches werde auch innerhalb der Fraktion der Linken im Europa-Parlament diskutiert.

Wie soll man sich zu der Idee stellen?

1. Die Maastrichter Europa-Strategie - es handelt sich dabei bekanntlich um das vom deutschen und französischen Imperialismus forcierte Konzept eines Großeuropas unter der Ägide der Monopole beider Länder - könnte zu der Vorstellung verleiten, darauf eine „linke Antwort“ in Gestalt des baldigen Zusammenschlusses der kommunistischen und Arbeiterparteien zu geben. Diese arbeiten und kämpfen aber unter völlig unterschiedlichen Bedingungen. Die meisten von ihnen widersetzen sich entschieden der durch die Europa-Konzeption des Kapitals angestrebten Zerstörung der nationalen Souveränität und territorialen Integrität, die nach wie vor zwei elementare Prinzipien des demokratischen Völkerrechts sind. Mit gutem Grund bezeichnet die „Koordinierung der Kommunisten der FKP“ den Schutz der Souveränität Frankreichs gegen den Maastrichter Zugriff als ein Hauptanliegen der marxistisch-leninistischen Kräfte innerhalb der Partei. Die Verbindung von Nationalem und Internationalem ist für den anti-imperialistischen Kampf jeder KP nach wie vor unverzichtbar.

2. Die Frage ist berechtigt: Wie würde es auf die kommunistischen und Arbeiterparteien Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wirken, entstünde plötzlich eine Kommunistische Partei Europas, die das bürgerliche Szenario der Aufhebung der nationalen Souveränitäten gewissermaßen nachvollzieht und als kontinentale Kraft in Erscheinung tritt? Soll der übernächste Schritt dann die Schaffung einer Globalen Kommunistischen Partei sein oder will man Europa vom Rest der Bewegung als geschlossenen Block abkoppeln?

3. Betrachten wir die gegenwärtige Situation in der kommunistischen Bewegung Europas: Besteht ein so hohes Maß an Übereinstimmung, daß die derzeit wirkenden Parteien, unter denen es marxistisch-leninistische,

marxistisch beeinflusste und zum Reformismus tendierende oder von ihm bereits weitgehend zersetzte gibt, auf mittlere Frist unter ein und dasselbe Dach gebracht werden könnten? Ist es nicht vielmehr so, daß der Kampf darum geführt werden muß, die marxistisch-leninistischen Kräfte zu sammeln und zugleich mit anderen Parteien Übereinstimmung in den Fragen herbeizuführen, in denen diese erreichbar ist? Geht es nicht mehr um Aktionseinheit und die Wiederanbahnung bi- und multilateraler Kontakte, als um organisatorische Lösungen, die sich vorerst noch nicht anbieten? Sicher ist die Schaffung einer neuen und umfassenden Kommunistischen Internationale ein wichtiges Ziel, das man nicht aus dem Auge verlieren darf. Aber haben sich übereilte Schritte in dieser Richtung nicht als falsch erwiesen?

4. Selbst wenn die Bedingungen für einen regionalen Zusammenschluß günstig wären, erschiene das Projekt einer Europäischen Kommunistischen Partei zweifelhaft und in jedem Falle verfrüht. Heute geht es um die Erhaltung und Stärkung der durch die konterrevolutionären Ereignisse und die Niederlage des Sozialismus in Europa weitgehend dezimierten Bruderparteien. In vielen Ländern muß die Bewegung fast bei Null erneut anfangen. Da ist der Weg, den die griechischen Genossen und ihre sich als Vorkämpferin für die Herstellung eines Maximums internationaler Kontakte und möglicher Koordinierung umsichtig und behutsam bemühende Partei gehen, genau der richtige. Die drei Athener Beratungen führten Kommunisten, die unterschiedliche Auffassungen in bestimmten Fragen und gemeinsame Ansichten zu Grundproblemen des internationalen Klassenkampfes vertreten, zusammen. Sie hatten die Möglichkeit zu einem freien und gleichberechtigten Erfahrungsaustausch. Von Athen gehen Impulse aus, die das Maß des derzeit Möglichen ausschreiten. Eine Kommunistische Partei Europas stand dort, wo Delegierte von fünf Kontinenten berieten, nicht zur Debatte.

Warten wir ab, wie sich die Dinge weiterentwickeln werden.

S. R.

„Rizospastis“ auf dem Kien

Wie wir aus Athen erfahren, ist der Beitrag „Das Schweigen des Revolutionärs“ (RF 29) in der griechischen KP-Zeitung „Rizospastis“ im Wortlaut und mit Quellenangabe erschienen. Die UZ hat das Ableben Erich Mielkes nicht vermeldet.

„Sowjetskaja Rossija“ berichtet vom Wiederaufbau in Jugoslawien

Über Wunden und Wunder

Pancevo - die Raffinerie ist wieder in Betrieb. Beim ersten NATO-Angriff befanden sich einige tausend Tonnen hochtoxischer Stoffe in einem Tank. Einer der Gastgeber sagte: „Wenn die Rakete damals in diesen Tank eingeschlagen hätte - das wäre schlimmer gewesen als eine Atombombe.“ Eine andere Rakete traf dann später doch den Tank, aber er war schon leer. Hinter der Behauptung der NATO, sie habe gehandelt, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, wurde der Angriff auf zehntausende Menschenleben in Pancevo versteckt, dessen Bewohner zu Opfern geworden wären, wenn die Rakete den vollen Tank getroffen hätte. Von der Umwelt ganz zu schweigen.

In Novi Sad wurden alle drei Brücken zerstört; heute funktionieren eine Pontonbrücke für Personenverkehr und eine neue kapitale Eisenbahnbrücke. Die Brücken werden wieder aufgebaut, dagegen muß das vollständig zerstörte Fernsehzentrum noch länger warten. Im Westen werden Krokodilstränen über die unterdrückte Medienfreiheit in Jugoslawien vergossen ... Für die Verteidiger der „Pressefreiheit“ wäre es nützlich, die Ruinen des Fernsehentrums von Novi Sad anzuschauen. Im April 1999 wurde es von der NATO einige Tage lang mit Bomben belegt und praktisch dem Erdboden gleichgemacht. „Pressefreiheit“ auf NATO-Art ... Noch stärker getroffen wurde die Raffinerie. Praktisch bekam jedes Gebäude der Anlage eine Bombe oder Rakete ab. Auf dem Betriebsterritorium wurden 255 Einschläge gezählt. Auch hier ist die Intensität des Wiederaufbaus erstaunlich. Zwar kann man die „zivilisatorische Mission“ der NATO noch gut sehen, aber in 3-4 Monaten werden deren Spuren wohl beseitigt sein ... Vor neun Monaten wurde gleichzeitig auf 195 großen Baustellen im ganzen Land mit der Rekonstruktion begonnen - heute ist die Arbeit an 128 Objekten bereits abgeschlossen. Wunder gibt es nicht. Woher kommen die Mittel für diese phantastische Auferstehung? Das sind u. a. die Spenden der jugoslawischen Diaspora im Ausland und ehrlicher Europäer, die über die NATO-Räuber empört sind.

Große Kredite kamen von China. In Moskau wird behauptet, daß Rußland so ziemlich die einzige Stütze für Jugoslawien sei ... Tatsächlich hat dieses Land viel mehr Freunde und Mitfühlende, von Lateinamerika bis nach Afrika und dem Fernen Osten. Jugoslawien schafft einen mächtigen Ausbruch aus der Isolation, die von den Westmächten angestrebt war. Es ist kein armer Verwandter, sondern ein starker und aktiver Faktor der Weltpolitik. Es verlangt eine gleichberechtigte Behandlung.

Rußland hat immer noch nicht seinen Kredit von 150 Mio Dollar realisiert, der vor 4 Jahren ausgereicht wurde. China hat im letzten Jahr 300 Mio Dollar bereitgestellt, die bereits voll eingesetzt worden sind.

Die Hauptquelle für den Aufbau aber befindet sich im Lande selbst. Die größte Last muß dabei der serbische Bauer tragen. Die Republik besitzt eine gute Landwirtschaft - frucht-

barer Boden, genügend Sonne und Wasser. Durch eine harte Preispolitik wird das Nationaleinkommen von der Regierung zugunsten des Wiederaufbaus der zerstörten Industrie, der Wohnstätten, Krankenhäuser und Schulen umverteilt. Natürlich führt das zu Einschränkungen im Lebensstandard. Man bedenke: 10 Jahre Wirtschaftsblockade und 78 Tage ununterbrochene Bombenschläge! Aber man regelt diese Umverteilung gewissenhaft, läßt keinen plötzlichen Abfall, keine lawinenhafte Verschlechterung des Lebens zu.

In Belgrad ist heute eine erfahrene, geschlossene Mannschaft von hoher Professionalität und mit einem starken, anerkannten Leiter an der Macht - dem Präsidenten Slobodan Milosevic. Die oppositionellen Leader sind offensichtlich viel dürrer und haben sich außer mit Kundgebungsgeschwafel durch nichts hervorgetan. Ohne die propagandistische und finanzielle Unterstützung des Westens, der bemüht ist, die Regierung Jugoslawiens zu stürzen, wären die Herren Draskovic, Djindjic und Kameraden schon längst vergessen. Die Regierung versteht es, den Wiederaufbau sachkundig zu organisieren und wird dabei vom Volk unterstützt. Ohne die bewußte Mitarbeit der Menschen, ihre Bereitschaft, die Schwierigkeiten ohne Lamentieren zu meistern, wäre ein Wiederaufbau nicht möglich ...

Noch nicht neu errichtet sind die Gebäude mehrerer zerstörter Ministerien und auch die Präsidentenkanzlei - wichtiger erscheinen Wohnraum, Energetik, Brücken. Administrative Bauten können warten ...

Wesentlich schlimmer ist die Lage im Kosovo: viele Straßen sind unpassierbar, die Brücken von NATO-Bomben gezeichnet. Die Industrie steht still - ca. 70 % der erwerbsfähigen Bevölkerung sind arbeitslos. In mehreren Bezirken der Hauptstadt Pristina gibt es bis heute kein Licht. Die Kraftwerke arbeiten mit höchstens 20 % ihrer Kapazität. Die serbischen Fachleute haben den Kosovo verlassen; ein Versuch, sie durch Ungelernte zu ersetzen, führte zu schweren Havarien, bei denen Menschen umgekommen sind.

... Baugeschäfte blühen nur bei der Errichtung von Luxusvillen für die örtliche kriminelle Obrigkeit, deren Einkommen vom Rauschgift- und Waffenhandel, vom Zigaretten- und Schmuggel und dem Weiterverkauf gestohlener Autos aus ganz Europa stammt. Diejenigen, denen das Diktat der örtlichen Kriminalspitze mißfällt, werden einfach umgebracht. Täglich töten oder verschleppen Banditen bis zu zehn Personen. Die zivilisierte Welt hält das für normal. Frau Albright korrigiert: Es sind nicht zehn,

sondern nur sieben Personen, die Tag für Tag so sterben. Bei den meisten handelt es sich ja ohnehin nur um Serben.

Im Kosovo befinden sich gut 50 000 Mann ausländischer Truppen - aber die Situation ist unübersichtlich. Um Frieden zu schaffen, müßte die NATO die albanischen Extremisten und Terroristen ernsthaft bekämpfen, also das machen, was vorher die jugoslawischen Behörden getan haben. Aber das will sie natürlich nicht, denn sonst kämen ja die Lügen über die albanischen „Freiheitskämpfer“ ans Licht. Außerdem gäbe es Verluste unter ihrem Personal, wovon die NATO am meisten Angst hat ...

Es ist augenscheinlich, daß ohne Wiederherstellung der rechtmäßigen Macht des Eigentümers dieser Gebiete - der Bundesrepublik Jugoslawien und Serbiens - eine Normalisierung der Situation im Kosovo unmöglich ist. Je eher diese unangenehme Wahrheit in den Hauptstädten des Westens verstanden wird, um so schneller beginnt die Herbeiführung von Stabilität und Frieden auf dem Balkan, die durch die brutale NATO-Intervention zerstört wurden. Das liegt wahrscheinlich nicht im Interesse der USA, die bemüht sind, die Spannungen in Europa aufrechtzuerhalten. Die Europäer sollten sich das durch den Kopf gehen lassen.

Wjatscheslaw Tetekin

Erschienen am 17. 6. 2000

Übersetzung: Dr.-Ing. Peter Tichauer



Reporterskizzen (26)

Auf Bagdads Basar

Es war kurz vor dem Beginn des Krieges zwischen Iran und Irak im späten Frühjahr 1980. Den blutigen Konflikt, der sich anbahnte, prägte Fanatismus auf beiden Seiten. Natürlich ging es auch und in erster Linie ums Öl. Die iranischen Mullahs, deren terroristisches Regime sich vor allem gegen die „ungläubigen Kommunisten“ richtete, und die faschistoide Diktatur der irakischen Baath-Partei, die alle Roten im Land gnadenlos verfolgte, standen sich in einer erbitterten Konfrontation gegenüber. Der dann ausbrechende Krieg sollte Jahre dauern und unzählige Opfer auf beiden Seiten fordern. Das Bizarre der Situation bestand darin, daß beide Staaten der Linken im Innern gleichermaßen an die Kehle gingen, während ihr bürgerlich-nationalistisches, antiimperialistisches Potential - besonders gegenüber den USA - noch nicht ausgeschöpft war. Eine Analyse der Klassenkräfte und politischen Faktoren mußte so zu widerspruchsvollen Einschätzungen führen. Iran und Irak waren einerseits ideologische und politische Gegner der sozialistischen Staaten, da sie die Bruderparteien der in diesen regierenden Kommunisten mit eiserner Faust zu zerschlagen trachteten, andererseits aber mit ihrem Antiamerikanismus auch in gewisser Weise objektive Partner der regierenden Marxisten. Wie man sieht, ist eine undifferenzierte und scherenschnittartige Schwarz-Weiß-Malerei ungeeignet, die Vielfalt der Farben des politischen Spektrums zu erfassen.

Anfang Juni 1980 erhielten drei Zeitungsredaktionen der DDR plötzlich eine dringende Einladung aus Bagdad. Dort standen gerade „Wahlen“ an, die nur der Stärkung des Saddam Hussein-Regimes dienen konnten und mit einer wirklichen Willensbekundung des Volkes nichts zu tun hatten. Die irakische Botschaft teilte dem ND, der „Berliner Zeitung“ und „horizont“ - dem außenpolitischen Wochenblatt der DDR - zusätzlich mit, man werde alle Kosten tragen und für ein „erlesenes Programm“ mit zahlreichen Exkursionen sorgen. Der Aufenthalt solle eine Woche dauern. Wie wir in Erfahrung bringen konnten, hatten auch maßgebliche Medien Westberlins und der BRD gleichlautende Angebote erhalten und angenommen. Kein Zweifel, Bagdad wollte die notwendige Publicity für ein durchsichtiges Unterfangen organisieren. Das hätte uns normalerweise von der Reise abhalten müssen, zumal erst im Jahr zuvor erneut eine Reihe linker Offiziere im Irak zum Tode durch Erschießen verurteilt worden war. Unter ihnen hatten sich Kommunisten befunden. Trotz dieser abscheulichen Geschehnisse galt es, die staatlichen Interessen der DDR gegenüber einem wichtigen Land im Nahen Osten ins Kalkül zu ziehen: Es handelte sich um Feinde und Partner - eine Dialektik, die der Realität der internationalen Beziehungen in einer damals bipolaren Welt entsprach. Die Parteizentrale entschied, daß wir das Angebot annehmen und nach Bagdad fliegen sollten. An eine nennenswerte Bericht-

erstattung über das in Rede stehende Ereignis war nicht gedacht.

Wir - das waren die stellvertretende Chefredakteurin der BZ Christa Schaffmann, der stellvertretende Chefredakteur von „horizont“ Günther Siemund und ich als Delegationsleiter. Mit gemischten Gefühlen machten wir uns auf den Weg. In der irakischen Hauptstadt, die uns mit Temperaturen um 45 Grad empfing, begrüßte man uns freundlich. Ja, man überschlug sich förmlich - jedenfalls bis zu den Wahlen, für die wir gebraucht wurden. Das klimatisierte Hotel war angenehm, der Herr an der Rezeption, der uns bald in regierungsfeindliche Gespräche zu verwickeln suchte, vom Geheimdienst. Wir trafen auf viele Kollegen aus sozialistischen und westlichen Ländern, die man alle aus demselben Grund ans Ufer des Tigris geschleppt hatte: Sie sollten dem heimischen Fernsehpublikum den Eindruck vermitteln, die ganze Welt sei Zeuge der illustren Wahlfarce. Und man wollte von der Tatsache ablenken, daß Bagdad gerade zum Schlage gegen Teheran ausholte, auch wenn beide Seiten an der Auslösung des Waffengangs nicht unbeteiligt waren.

So defilierten wir vor den Kameras, besichtigten Wahllokale und Sehenswürdigkeiten, erlebten auf Pressekonferenzen die Creme de la Creme des Saddam-Hussein-Regimes. Als Lohn für unser Mitspielen bei der Inszenierung stellte man uns „Reisen nach freier Wahl“ in den Norden und Süden Iraks in Aussicht, wohlwissend, daß die Ausflüge - von einer Tagestour nach Babylon abgesehen - niemals stattfinden würden, weil das Interesse der Gastgeber nach der Show sofort wieder abebben sollte.

Das „Volk“, das man uns bei ausgewählten Gesprächen vorführte, machte einen zufriedenen und aufgeräumten Eindruck. Nur ab und zu sah man am Straßenrand Armee- und Polizeifahrzeuge mit aufmontierten Maschinengewehren, die die jeweilige Fahrtroute der Führung absicherten. In den Bars wurde Alkohol ausgeschenkt, Thai-Mädchen erfreuten zahlungskräftige Gäste. Mit dem Islam nahm es die Baath-Partei offenbar nicht so genau. Natürlich konnte man den Basar von Bagdad nicht auslassen, wo unzählige Tuchhändler, begnadete Goldschmiede und flinke Kunsthandwerker, die kupferne Teller und bauchige Gefäße hämmerten, für Atmosphäre sorgten. Das Leben war damals noch bunt, die prachtvollen Bauten und der orientalische Markt hinterließen einen tiefen Eindruck bei uns. Doch ich will hier von einem kleinen Erlebnis berichten, das mich sehr bewegte. Wir waren zu dritt durch den Basar geschlendert, wo die Ladenbesitzer jeden ansprachen, ihre Offerten unterbreiteten und das Feilschen der Kunden erwarteten. Irgendwo im Halbdunkel kamen wir mit einem jungen Mann ins Gespräch, der Kleidung anbot. Wir hatten ihn selbst ausgewählt und konnten so ziemlich sicher sein, daß es sich nicht um einen dort postierten Mann des Geheimdienstes handelte. Er sprach mich auf russisch an um zu erkunden, wer die Auslän-

der wohl seien, die er für seine Ware interessieren wollte. „Wir kommen aus einem sozialistischen Land - aus der Deutschen Demokratischen Republik - und sind Journalisten“, sagte ich knapp. Der Gesichtsausdruck des Händlers veränderte sich plötzlich und er schien nun auf Geschäfte gar nicht mehr so bedacht zu sein. „Wo haben Sie die Sprache gelernt?“, fragte ich zurück. Er ließ es uns wissen. Das Gespräch setzte sich noch eine Weile fort. Dann bat der Mann, uns ein Stück begleiten zu dürfen. Wir gingen, ohne daß uns in diesem Augenblick jemand folgte, zwischen den Ständen entlang. Da hakte sich unser neuer Bekannter ein und flüsterte mir ins Ohr: „Vergessen Sie nicht - das hier ist ein brutales faschistisches Regime. Aber wir Kommunisten kämpfen weiter“. So, als ob er niemals da gewesen wäre, löste er sich von uns und verschwand in der Menge. Es war der Höhepunkt einer Reise, über deren Wert und Unwert man hätte streiten können.

Unmittelbar nach den Scheinwahlen des Saddam Hussein, der ein blutiger Tyrann und zugleich den imperialistischen Zielen im Wege ist, wurde das „große Programm“, das man uns versprochen hatte, abgeblasen. Die Mission der ausländischen Journalisten war erfüllt. Als „Kompensation“ bot man uns eine zusätzliche Woche in der Hitze von Bagdad, da sich bei der Buchung des Rückfluges Schwierigkeiten ergeben hätten. „Sie haben ein wundervolles Hotel - als Gäste unseres Staates und unserer Partei können Sie alles in Anspruch nehmen, was Sie wollen“, gab man sich weiter großzügig. Mit anderen Worten: Wir durften uns bedienen. So gaben wir die Parole aus, das „Battlefield“ in ein „Bottlefield“ zu verwandeln: Kurzum, wir luden das schlechtbezahlte Personal des Hauses - den Mann an der Tür und die Kellner - auf Kosten der irakischen Baath-Partei zum Whisky ein. Sie lohten es uns, indem sie ihr Herz öffneten. So erfuhren wir manches über das Denken und Fühlen der einfachen Iraker. Es versteht sich: Den Mann an der Rezeption vergaßen wir.

Fast 17 Jahre waren seitdem vergangen - der schreckliche Krieg zwischen Irak und Iran hatte längst sein Ende gefunden - da erwartete ich im späten Winter 1997 auf dem Berliner Alexanderplatz einen ganz besonderen Gast. Er erschien nicht allein. Es gab Gründe, daß er begleitet wurde. Er kam direkt aus Arbil, der Hauptstadt Irakisch-Kurdistan, wo sich in der Saddam Hussein verwehrt, aber von ihm ständig bedrohten, „befreiten Zone“ die Hauptquartiere und Sender der antiimperialistischen Kräfte des Landes befinden. Im einstigen Alexander Kaufhaus trafen wir an vereinbarter Stelle zusammen. Der Ankömmling war von Genossen umgeben. Es handelte sich um Hamid Madjid Moussa, den Ersten Sekretär des ZK der KP des Irak. Gemeinsam führen wir nach Hellersdorf. Dort fand in unserer Wohnung ein mehrstündiges Gespräch statt, das irakische und DKP-Kommunisten zusammenführte. Die UZ berichtete darüber.

An jenem Tag erinnerte ich mich an den jungen Stoffverkäufer, der einst auf dem Bagdader Basar vom Kampf und Widerstand seiner Partei gesprochen hatte. Eine heroische Truppe, dachte ich. Wünschen wir ihr alles Glück der Welt.

Klaus Steiniger

Noch eine Nazigröße als „Ehrenbürger“ in Mecklenburg?

Huldigung für Heinkel

Im „Mecklenburg-Magazin“ - einer Beilage der „Schweriner Volkszeitung“ - stolperte ich am 19. Mai über einen feuilletonistischen Beitrag. „Ein Ballspiel und seine Folgen“ hieß die scheinbar harmlose Story. Um was ging es da? Ernst Heinkel, hieß es sinngemäß, habe ein ungebärdiges Temperament besessen; er sei impulsiv, zuweilen herrisch und hochfahrend gewesen, aber auch von überschäumender Zuversicht, voller Charme und Generosität - besonders im Umgang mit Frauen. Allerdings habe es des öfteren „Differenzen zwischen ihm und seinen Arbeitern gegeben“, wisperte das Blatt in seiner halbseitigen Reportage. Und - besonders wissenswert: Im Warnemünder Familienbad habe Heinkel „während des Spiels mehrmals unbeteiligte Frauen mit dem Ball getroffen. Die Damen werteten die Treffer jedoch nicht als Mißgeschick, sondern als Absicht ...“.

Übrigens sei der erfolgreiche Flugzeugkonstrukteur und Großunternehmer gelegentlich ob seines Aussehens für einen Juden gehalten worden, habe aber „einen Ariernachweis über 150 Jahre“ beibringen können. Der „aus einfachen Handwerkerkreisen“ stammende Industrielle sei bereits 1933 der NSDAP beigetreten, aber mit einzelnen örtlichen Nazigrößen wiederholt in Streit geraten, entnahm ich dem rührseligen Bericht.

Nur eine Fußnote zur Warnemünder Ortschronik?

Nun, da fehlt dann wohl doch noch einiges. Ich habe im „unverdächtigen“, weil für seinen antikommunistischen Grundtenor bekannten Bertelsmann-Lexikon einmal nachgeschlagen. Ernst Heinkel habe 1922 in Warnemünde die gleichnamigen Flugzeugwerke gegründet und in der Folgezeit Verkehrs-, Kampf- und Jagdmaschinen sowie das erste Raketenflugzeug (He 176/1938) und das erste Strahltriebwerk-Flugzeug (He 178/1939) entwickelt, liest man dort. 1950 sei ihm ein Neubeginn in Stuttgart-Zuffenhausen (Motoren) beschieden gewesen. Ab 1956 habe Heinkel den Flugzeugbau in Speyer betrieben. Seine Firma sei später in der VFW-Fokker GmbH aufgegangen. Na? Ist das nicht ein bißchen mehr, als man aus der SVZ entnehmen konnte? Aber es ist noch lange nicht alles. Unbedingt nachzutragen wäre z. B., daß Heinkel nicht nur in Warnemünde, sondern auch in der Nähe von Oranienburg Flugzeuge bauen ließ. In Germendorf befand sich, versteckt unter dem Hochwald, sein

in den ersten Jahren der Nazidiktatur nach modernsten Gesichtspunkten errichtetes Hauptwerk. Dessen acht große Montagehallen lagen verstreut und gut getarnt im kilometerweiten Gelände. Die Gesamtanlage bewies, daß man bereits bei ihrer Projektierung Krieg und Luftangriffe einkalkuliert hatte.

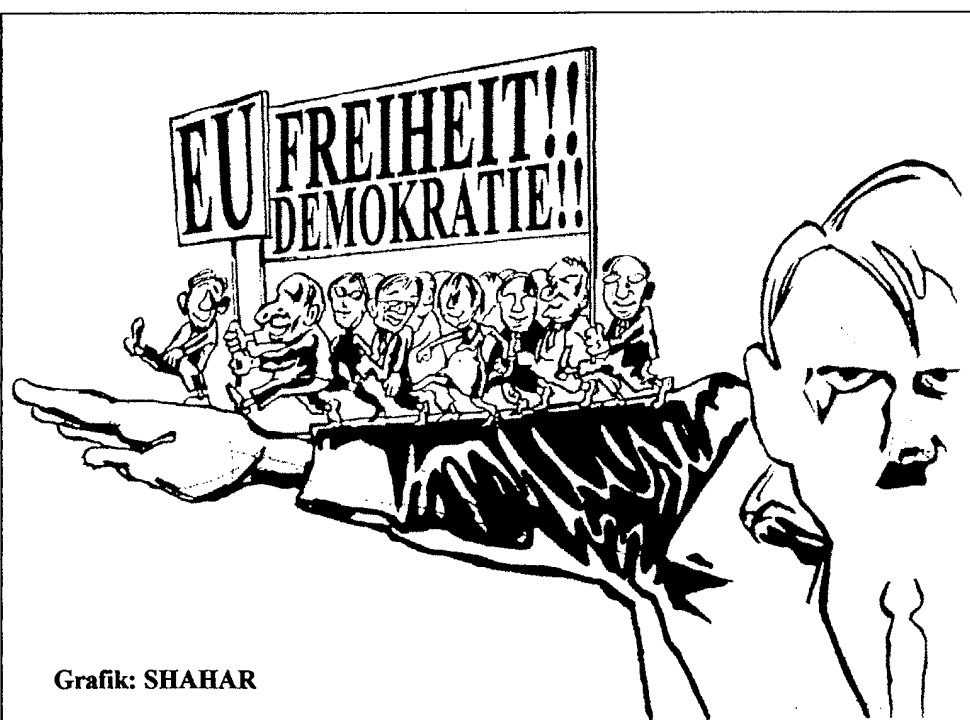
War es Zufall, daß der riesige Rüstungsbetrieb gerade in dieser Gegend entstand? Ich, damals noch Schuljunge, machte mir darüber keine Gedanken. Das änderte sich, als ich 1940 Lehrling in den Heinkel-Werken wurde. Mit Erstaunen sah ich, wie 1941 zunächst einige, später immer mehr und schließlich rund 5000 Häftlinge aus dem KZ Sachsenhausen unter strenger Bewachung durch die SS und unmenschlichen Arbeitsbedingungen Flugzeuge bauen mußten. SS und Betriebsleitung zogen an einem Strang, hatten ein Außenlager errichten lassen, beuteten die Gefangenen bis zum Umfallen aus. Ich habe sie selbst in den Essenresten der Betriebskantine nach Verschlingbarem wühlen gesehen. Werkleitung und Bewacher lieferten schließlich die Ausgeworbenen und nun dem Tod Geweihten zur Vernichtung an das KZ Sachsenhausen zurück. Die Heinkel-Werke erhielten bis Kriegsende ständig den erforderlichen Nachschub an Arbeitsklaven aus dem Hauptlager. Im April 1945 wurde mit dessen Evakuierung begonnen. Nein, man schickte die Häftlinge nicht etwa nach Hause, sondern auf den berüchtigten Todesmarsch in Richtung Norden. Man wollte sie allesamt in der Ostsee ertränken.

Mein Schwiegervater Walter Jahn war einer davon. Er überlebte dank der Solidarität seiner Genossen.

Diese Tatsachen verbinden sich also auch mit dem Namen des „ballspielenden“ Wehrwirtschaftsführers und Kriegsverbrechers Ernst Heinkel. Und noch eine „Kleinigkeit“: Der generöse Herr gehörte schon kurze Zeit nach der Zerschlagung der Naziherrschaft in München wiederum zu den Wegbereitern der militärischen Forschung für Raketen- und Satelliten-Projekte sowie für Triebwerke. In der BRD nannte man das damals schlicht „Forschung für Raumfahrtinteressen“. Tatsächlich ging es um die Wiederaufrüstung des „Nachfolgestaates“ der Hitleristen unter Umgehung alliierter Beschlüsse.

Die Erben Ernst Heinkels aber feilschen heute, 55 Jahre später, darum, ob und wenn ja wieviel oder überhaupt Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter zu zahlen ist. Mir stellt sich die Frage: Wird es nach dem „Ehrenbürger“ Schwerins - dem Kampfflugzeug- und Helikopterproduzenten Bölkow - nun bald auch einen „Ehrenbürger“ Warnemündes namens Heinkel geben? Oder sogar einen Aufruf für neue Heinkel-Werke in Rostock-Laage, weil der Airbus AX 300 in Hamburg gebaut wird? Also ein Angebot, im Billiglohn-Protektorat zu investieren? Oder was soll man sonst hinter der Verharmlosung eines Namens wie Ernst Heinkel vermuten?

Günter Buschow



Grafik: SHAHAR

Am Rande bemerkt

□ „Wenn das Flämmchen der Aufklärung nur ganz wenig glimmt, muß man den Docht am Leuchten erhalten: Wenn die Flamme erst einmal ausgepustet ist, dann ist es sehr schwer, sie neu wieder zu entzünden.“

Gotthold Ephraim Lessing

□ Vor Jahren stieß ich bei Recherchen in einer Bibliothek zufällig auf die von der NS-Reichsschrifttumskammer 1938 mit dem Vermerk „Streng vertraulich! Nur für den Dienstgebrauch“ vorgelegte „Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ – ein Katalog aller Bücher und Schriften, die von den Faschisten verboten worden waren. Jetzt hat sich im badischen Karlsruhe ein kleiner Buchladen gefunden, der sich der verdienstvollen Aufgabe unterzieht, diese Liste – jeweils ergänzt um biographische Daten, Lieferbarkeitsnachweise und einzelne Inhaltsangaben – mit dem Untertitel „Von den Nazis verboten – Eine Literaturempfehlung“ neu herauszugeben. Da die Gesamtliste sehr umfangreich ist, erscheint das Werk in einzelnen Heften (bisher Buchstaben A–H und 3 Hefte zu den Verlagen Malik, Das Freie Buch und Allert de Lange; Gesamtpreis bisher 36 DM). Wenn wir auch bei einzelnen Annotationen andere Schwerpunkte gesetzt und uns noch mehr biographische Daten gewünscht hätten, so ist die neu herausgegebene Liste sicher für viele RotFuchs-Leser interessant, für alle literarisch und/oder wissenschaftlich tätigen RotFüchse aber unentbehrlich.

(RotFuchs-Bücherdienst:
0 30 / 391 84 24)

□ Am 4. August feiern wir den 110. Geburtstag von Erich Weinert. Über den am 20. April 1953 Verstorbenen schrieb Willi Bredel: „Es gibt keinen deutschen Dichter der Vergangenheit und Gegenwart, der zu Lebzeiten so populär und so beliebt war bei den einfachen, den werktätigen Menschen wie Erich Weinert ... Diese Liebe, die Hunderttausende, Millionen Menschen für Erich Weinert in ihrem Herzen tragen, ist kein Geschenk des Zufalls oder des Glücks, sondern ist errungene, in zahllosen menschlichen und politischen Prüfungen erkämpfte und verdiente Liebe, ist der Lohn für einen Menschen, der die Menschen liebte, der Lohn für ein großes, reines Menschenherz und für einen edlen Charakter.“

Die Herren der Welt

Wir haben unsre Hände
In allen Taschen der Welt.
Was uns in die mächtigen Klauen fällt,
Blut, Eisen, Kohle – alles ist Geld,
Bares Geld! Profit! Dividende!
Wo Diplomaten im trüben fischen,
Da haben wir unsre Finger dazwischen.
Wo alte Soldaten
Attacken blasen
Und machen in Heldenphrasen,
Wir machen dazu die Granaten.

Ob an Straßenecken
Oder auf der Asylmatratze
Ein paar Arbeitslose verrecken,
Sentimentalität ist hier nicht am Platze.
Es sind noch zuviel für unsere Minen,
Für unsere Turbinen, für unsere
Maschinen.
Wir müssen verdienen, wir müssen
verdienen!

Die Opfer unter Kohlenlawinen
Und unter Explosionsruinen
Fielen auf dem Altar der Zivilisation.
Selbstverständlich, wir fühlen mit ihnen.
Wir aber leben weiter für die Nation.
Wir müssen verdienen, wir müssen
verdienen!

Unser Geld, das stinkt nicht und kann nicht
verrosten.
Ob Krieg im Westen, ob Krieg im Osten,
Uns ist alles egal!
Wir sind auf dem Posten,
Wir machen den Stahl!

Wir haben unsre Hände
In allen Taschen der Welt.
Ob die Währung steigt, ob die Währung
fällt,
Blut, Eisen und Kohle – alles ist Geld,
Bares Geld! Profit! Dividende!

Wir sind die Herren der Welt!

Erich Weinert, 1926

□ „Auf dem Boden des Klassenkampfes sind wir unbesiegbar; verlassen wir ihn, so sind wir verloren, weil wir keine Sozialisten mehr sind.“ Wer fühlt sich von diesen Worten nicht an aktuelle Auseinandersetzungen in PDS und DKP erinnert? Sie stammen von Wilhelm Liebknecht. Liebknecht war ein bedeutender Stratege der revolutionären deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Vor 150 Jahren, am 29. März 1826, wurde er in Gießen geboren; am 7. August gedenken wir seines 100. Todestages. Wilhelm Liebknecht entstammte einem kleinbürgerlichen Elternhaus. Nach dem Besuch des Gymnasiums studierte er Philologie, Theologie und Philosophie, um

anschließend in Zürich als Pädagoge zu arbeiten. Dank seiner glänzenden Fähigkeiten, seiner Sprachkenntnisse und seines fundierten Wissens um Kunst und Literatur wäre ihm eine große Karriere sicher gewesen – politisches „Wohlverhalten“ vorausgesetzt.

Aber genau davon wollte Wilhelm Liebknecht nichts wissen, er nahm teil an den Auseinandersetzungen seiner Zeit und wurde Revolutionär. Seine Feuertaufe erhielt er während der Revolution von 1848/49, an der er als Soldat der badischen Volkswehr und später im Mannheimer Arbeiterbataillon teilnahm. Nach Verhaftung und Flucht aus dem Gefängnis ließ sich Wilhelm Liebknecht in London nieder. Zwölf Jahre lang dauerte das Exil, das für ihn tägliches Ringen um die nackte Existenz bedeutete. Die andere Seite: Als Kampfgefährte und Schüler von Karl Marx, mit dem er gewöhnlich die letzten Cents teilte, entwickelte sich Wilhelm Liebknecht zu einem der Großen des deutschen und internationalen Proletariats.

1862 nach Deutschland zurückgekehrt, entfaltete Wilhelm Liebknecht sofort eine rege politische und agitatorische Arbeit, nicht zuletzt als Redakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, in der er unentwegt die schädliche Politik Bismarcks unter die Lupe nahm. Gemeinsam mit August Bebel gehörte Wilhelm Liebknecht zu den Begründern der deutschen Sozialdemokratie. Unablässig trat er in den eigenen Reihen gegen alle Spielarten des Opportunismus und gegen andere arbeiterfeindliche Tendenzen auf.

Viel ist über Wilhelm Liebknecht geschrieben worden. Fassen wir all das zusammen, dann steht er leibhaftig vor uns, der Propagandist und gewandte Redakteur, der Parteiführer, glänzende Redner im Reichstag, der Volkstribun, den die Reaktion allzu oft in den Kerker warf. Er starb am 7. August 1900 in Berlin, nachdem er noch wenige Tage zuvor in Dresden auf einer Massendemonstration gegen die imperialistische Aggressionspolitik gesprochen hatte. Mehr als 150 000 Menschen gaben Wilhelm Liebknecht das letzte Geleit.

In den „Marxistischen Blättern“ (Heft 2/1976) erschien zum 150. Geburtstag des großen Arbeiterführers ein Aufsatz von Prof. Wolfgang Abendroth, der mit den Worten schließt: „Die Teile der jungen Generation, die seit dem Ende der sechziger Jahre unseres Jahrhunderts wieder erwacht sind, bedürfen der Vermittlung der Erfahrungen durch eine ältere Generation, die in früheren Kämpfen solche Erfahrungen sammeln konnte. Das Leben Wilhelm Liebknechts zeigt uns, daß die Lösung einer solchen Aufgabe möglich und sinnvoll ist.“

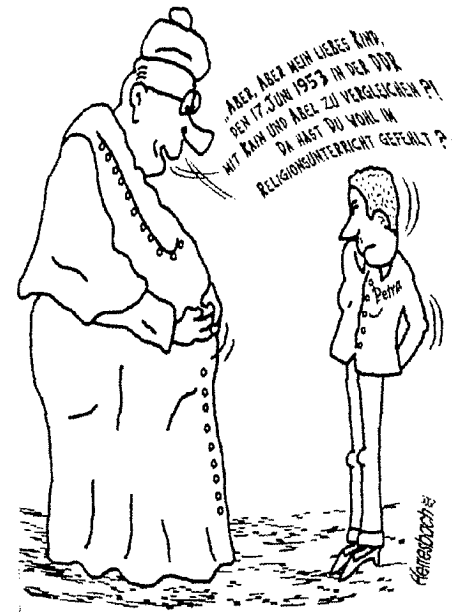
W. M.

Ein Heide als Europäer

Ist Gregor Gysi bibelfest?

„Bibelfest und schlagfertig“ habe sich der PDS-Fraktionschef Gregor Gysi in der Kölner Antoniter-Kirche gezeigt, von deren evangelischer Gemeinde er eingeladen worden war, zum Thema „Politik und Moral“ zu predigen. Das berichtete „Neues Deutschland“ am 20. Juni 2000. Der demokratisch-sozialistische Politiker bekannte sich dort zum wissenschaftlichen Glauben: „Ich fürchte eine Welt ohne Religion, weil das eine Welt ohne Werte und Moral sein könnte“, erklärte er vor 200 Gottesdienstbesuchern. Seinen eigenen Standort definierte er mit Präzision: „Ich bin eigentlich kein Atheist, sondern mehr Heide; also jemand, der noch nicht zu Gott gefunden hat.“ Aber das könne nach christlichem Verständnis ja jederzeit geschehen. „Bibelfester Gregor Gysi“, überschrieb das ND seinen Bericht über den Heidenspaß. Was die Klassiker des Marxismus betrifft, steht das Gotteskind Gysi auf dünnerem Eis. Man erinnert sich an seinen „leninistischen“ Fehltritt in der Bundestagssitzung am 8. Oktober 1992: „... der Vollständigkeit halber von mir ergänzt werden muß:

Lenin hat die Vereinigten Staaten von Europa gefordert, man höre und staune!“, sagte er damals. „Zustimmung bei der PDS/Linke Liste - Lachen bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen“, vermerkte das Protokoll. „Daß Ihnen das nicht bekannt ist, ist mir auch klar, aber ich wollte es einfach der Vollständigkeit halber erwähnen ...“ Offenbar war Gysi in die falsche Zitatereihe geraten. Denn in Lenins 1915 vom „Sozial-Demokrat“ (Nr. 44) veröffentlichten Artikel „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“ hatte es u. a. geheißen: „... Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne auch die Vereinigten Staaten von Europa als Abkommen der europäischen Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika verteidigen könnte ...“ Wenige Tage später schrieb Lenin in einer Anmerkung zu dem genannten Artikel: „Entweder ist sie

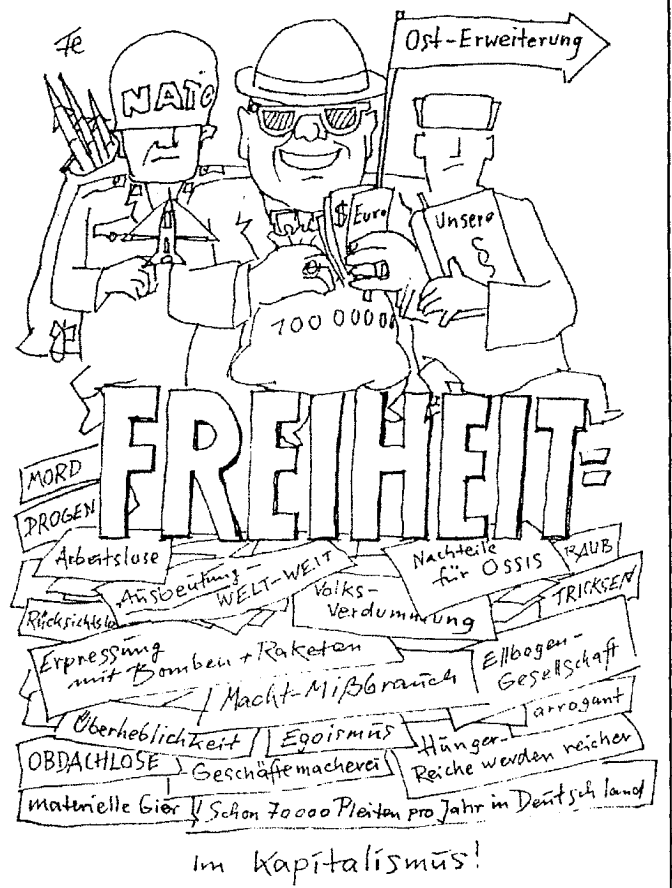


im Kapitalismus unrealisierbar, ... oder es ist eine reaktionäre Losung ...“ Wie man sieht, ist unser bibelfester Heide im Leninismus wohl weniger bewandert.

G. W./S. R.

Freiheit

(Grafik Arno Fleischer)



Briefe an „RotFuchs“



Das „Tor der Freiheit“ in diesem Rechtsstaat hat sich für mich geöffnet. Ich glaube, die Zeit der Freiheitsberaubung habe ich erhoben Hauptes und unbeugsam überstanden. Die Vollstreckung der Reststrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Daß ich diese schwere Zeit so durchstehen konnte, lag an der rechten Verbundenheit und Solidarität der Genossinnen und Genossen, Freunde und guten Bekannten. Sie gaben mir und meiner Familie Kraft und Mut. Für die erwiesene Unterstützung möchte ich mich ganz herzlich bedanken - besonders auch beim „RotFuchs“, dessen treuer Leser ich bin.

Generalleutnant a. D. Heinz Handke,
Strausberg

Am 16. Juni fand in Berlin die Auswertung des 15. DKP-Parteitag statt. Ich bin dort hingegangen, um zu erfahren, was die Partei so macht - ich bin ja nicht ihr Mitglied, und wie soll man die DKP kennenlernen, wenn nicht über eine Parteitagsauswertung? Was berichtet wurde, fand ich sehr interessant. Man kann schon die Feststellung treffen, daß die DKP eine Partei ist, die sich ernsthaft bemüht, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten und das marxistisch-leninistische Erbe zu pflegen und anzuwenden. Die DKP vermittelte sich mir als eine Partei, die in ihren Reihen leidenschaftlich für unsere Sache eintretende Mitglieder hat, die aus innerster Überzeugung den politischen Kampf aufnehmen und ausfechten. Das ist die eine Seite der Medaille; die andere sehe ich darin, daß sich innerhalb der Partei Flügelkämpfe abspielen, daß einem unbefangenen Beobachter schwindelig werden kann. Sicher ist es notwendig, offen und ehrlich über unterschiedliche Auffassungen zu diskutieren. Schon Lenin sagte, daß man jede Parteiversammlung mit dem Knüttel auseinanderjagen müsse, in der alle von vorneherein einer Meinung seien. Doch zu hinterfragen ist, wie man diese Auseinandersetzungen führt.

Die Art und Weise des Streites, wie ich ihn erlebte, läßt an der politischen Reife einiger Genossen zweifeln. So brachte einer der Redner in Bezug auf einen Parteitagsdelegierten aus der Gruppe Nordost das „Argument“ vor, es sei ihm „scheißegal, ob da nun einer Nationalpreisträger oder Fregattenkapitän war.“ Eine solche Sprache disqualifiziert einen Kommunisten, zumal es sich dabei auch um eine Herabwürdigung von Leistungen standhafter Genossen handelt. Die rüden Attacken innerhalb der DKP gegen die Genossen der Gruppe Nordost beeinträchtigen den Zusammenhalt erheblich, weil - ich bekenne mich dazu - diese Gruppe eine vernünftige politische Position innerhalb der DKP vertritt, weil sie gradlinig, eindeutig und vor allem mutig ist - frei von Opportunismus. Als junger Mensch (26) habe ich ein Bild von der DKP, das mich davon abhält, ihr Mitglied zu werden: Keine straffe Ordnung, Diskutieren um des Diskutierens Willen, ohne wirklich voranzukommen. Und da beklagt man sich, daß nur wenige Menschen in die Reihen der DKP finden. Fürwahr, Klaus Steiniger hat recht, wenn er sagt, daß die SED trotz ihrer Niederlage die erfolgreichste Partei der deutschen Arbeiterbewegung war. Um für mich als Partei attraktiv zu werden, müßte sich die DKP eindeutig zu DDR und SED bekennen. Sie müßte eine nach außen hin straff organisierte Partei sein, die klare Vorstellungen über ihren politischen Kurs hat. Wenn der DKP das gelänge, dann knüpfte sie an die positiven Traditionen an, die uns die DDR als Erbe hinterlassen hat. Denn für mich bleiben

DDR und SED der Maßstab, an dem ich alles messe. „Man muß Schluß machen mit dem Verriß der Vergangenheit, das macht doch der Gegner zur Genüge.“ (E. Honacker, RF Nr. 29) Diese Worte sollten auch für die DKP ein Leitmotiv sein.

Warum aber trete ich nicht der Gruppe Nordost bei? Nein. Ich werde ja nicht Mitglied nur einer Gruppe, sondern einer ganzen Partei. Mit einem Eintritt verbindet sich das Bekenntnis zu deren Programm und gesamter politischer Arbeit. Übrigens - wir sollten aus einem Fehler der SED lernen: keine Massenpartei auf Teufel komm raus, sondern eine Partei, die in ihren Reihen ideologisch feste und bewußte Menschen vereinigt. Soweit ich das beurteilen kann, ist die DKP leider noch lange nicht soweit.
Matthias Bublitz, Berlin

Herzliche Grüße vom Bund Polnischer Kommunisten „Proletariat“ und natürlich auch von mir persönlich. Vielen Dank für die ständige Übermittlung des „RotFuchs“. Ich lese die Zeitung mit großer Aufmerksamkeit und finde darin viel interessantes, informatives Material.

Dr. Zbigniew Wiktor, Vorsitzender des Bundes Polnischer Kommunisten „Proletariat“,
Wrocław

Auf dem Parteitag fiel mir erstmals eine Ausgabe des „RotFuchs“ in die Hände. Ich würde auch in Zukunft gern näheres über die Arbeit der Gruppe Nordost erfahren. Zu welchen Bedingungen kann man den „RotFuchs“ außerhalb Berlins beziehen? Bin leider z. Z. ohne Einkommen.

Dominik Clemens, Düren

Seit rund zwei Jahren erhalte ich von Genossen unseres PDS-Kreisvorstandes in Trier ab und zu eine Ausgabe des „RotFuchs“. Es ist dies jedesmal wie ein labender Trank, den man einem Verdurstenden gibt. Der „RotFuchs“ ist eine journalistisch gut gemachte Zeitschrift, die den eigenen Klassenstandpunkt immer wieder bestärkt und die sich, im Gegensatz zu einigen anderen Publikationen, zu recht sozialistisch nennen darf. Denn nicht nur in der täglichen Basisarbeit mit der Mehrheit einer politisch irregeleiteten, fehlorientierten und desinteressierten Masse arbeitender Menschen, sondern auch in den Reihen der eigenen Partei zeitigen die mediale Verblödung und besonders die ideologische Subversion des Revisionismus hervorragende Ergebnisse. Gerade deshalb empfinde ich es immer wieder als ungeheuer motivierend feststellen zu können, daß die Schlußfolgerungen aus den täglich erneut gemachten Erfahrungen mit Kapitalismus und Imperialismus bei anderen Genossen zu gleichen Ergebnissen in Haltung und Handeln führen. Diese Bestätigung und eine klare, kämpferische und vor allem parteiliche Einstellung, basierend auf dem Marxismus, machen den „RotFuchs“ zur eigentlich unverzichtbaren Lektüre eines Kommunisten. Leider habe ich im Impressum keine Angaben zu Bezug und Kosten eines Abos gefunden. Besonders die Kostenfrage ist für jemanden, der seit April dieses Jahres in den „Freizeitpark Deutschland“ befördert wurde, sehr wesentlich, zumal ich kaum Hoffnung habe, meinem Alter entsprechend jemals noch eine Arbeit zu finden.
Harald Puff, Trier

Bemerkung der Redaktion:

Da viele Genossen und Freunde den „RotFuchs“, der keinerlei Zuschüsse bezieht, durch ihre Spenden finanziell über Wasser halten, waren wir trotz hoher Herstellungs- und Versandkosten bisher immer dazu in der Lage, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern unter unseren Lesern die Zeitschrift gratis zukommen zu lassen. Einen regulären Abo-Preis gibt es bei uns nicht.

Habe in dem Buch über die „offensiv“-Konferenz („Auferstanden aus Ruinen“) die Beiträge von „RotFuchs“-Mitarbeitern gelesen - einige der Auto-

ren (Rolf Vellay, Karl-Eduard v. Schnitzler u.a.) sind mir bestens bekannt, sodaß ich sehr, sehr gerne Eure Zeitung beziehen würde. Es lebe die Gruppe Nordost!

Ursula Siegmayer, Pforzheim

Walter Floraths Artikel „Wie war das mit dem Eigentümerbewußtsein?“ ruft mir eine Episode ins Gedächtnis: Im CKP-Bitterfeld fand 1961 ein Erfahrungsaustausch von Jugendbrigaden mit dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle, Bernard Koenen, statt. Ich gehörte zu den Teilnehmern. In den Brigaden war zu dieser Zeit Lenins Werk „Die große Initiative“ studiert worden. Der Erfahrungsaustausch begann als Schimpferei über die Arbeitsorganisation im Betrieb, über Schlamperei, Unordnung hier und dort. Genosse Koenen hörte aufmerksam zu und sagte nach einer Weile nur: „Damüßt ihr mal mit dem Besitzer reden.“ Das Schimpfen ging weiter: „Ihr müßt wirklich mit dem Besitzer reden“, wiederholte Bernard Koenen. Was der bloß dauernd vom Besitzer erzählt, dachten manche, wir sind doch ein volkseigener Betrieb!

Schließlich meldete sich ein Jugendlicher und fragte schüchtern: „Genosse Koenen, meinst Du mit dem Besitzer etwa uns?“ Ja, er meinte uns. Nun war der alte Kommunist beim Thema. Er diskutierte mit uns über sozialistisches Eigentümerbewußtsein.

Dieter Itzerott, Torgau

Lieber „RotFuchs“, für einen Sympathisanten ist Eure monatlich aufkreuzende Zeitung die schönste Lektüre, die mit großer Freude nicht nur einmal gelesen wird. Und darum meine Spende von 100 DM, damit er weiterhin erhalten bleibt. Mit Grüßen aus Bayern H. Sch.

(Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt.)

Herzlichen Dank für den „RotFuchs“ Nr. 29. Über die Qualität der Zeitung muß man nicht mehr reden. Sie ist das Beste, was deutsche Kommunisten heute lesen können. Schön wäre es, wenn mehr RF-Leser auch persönliche Schlußfolgerungen zögen, wenn sie politisch wieder aktiver würden.

Gerhard Müller, Neubrandenburg

Mit besonderem Interesse las ich die Reporter-Skizze 25 „Schlagabtausch im Audimax“, die von Kontakten mit einem Konstanzer Professor für Alte Geschichte handelt. Bald nach dem „Ende“ der DDR „begegnete“ mir dieser Professor vom Bodensee mit einem Brief, in dem er sich darüber erregte, daß mein Kollege Hans Gerats und ich in einem Aufsatz in der Noch-DDR-Zeitschrift „Staat und Recht“ zu dem damals allenthalben in Mode gekommenen Schlagwort „Stalinismus“ meinten, es müsse doch erstmal eine klare Definition dafür gegeben werden. Der Konstanzer Professor schrieb: „Wie kann man nach Tonnen von Literatur“ (als ob es in der Wissenschaft auf Tonnen Papier ankäme!! - E. B.) ernsthaft schreiben, das Wesen des Stalinismus sei nicht hinreichend erschlossen?“ Dann monierte er, daß unser Aufsatz „keinen einzigen Hinweis auf nichtkommunistische Literatur“ enthielt!!

Interessant ist weiter, daß dieser Alt-Historiker vom Bodensee im Jahre 1967 bei dem Experten für Jugendstrafrecht Prof. Sievers an der Universität Hamburg über das „politische Strafrecht der DDR“ promovierte. 1980 brachte er dann ein umfangreicheres Buch gegen das politische Strafrecht der DDR heraus. Dort geht er davon aus, „daß beim politischen Strafrecht der DDR ein qualitativer Unterschied zwischen Gesetzestext, Auslegung und praktischer Anwendung besteht“ (S. 1).

Offenbar mangelte es am Bodensee an Wissen über die Wirklichkeit des politischen Strafrechts und der politischen Strafjustiz in Westdeutschland, worüber selbst die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, schrieb: „Politische Justiz im Kalten Krieg“ (Neue Justiz 1994, S. 49 f.).

RA Prof. Dr. Erich Buchholz, Berlin

Ich übermittle Euch eine Spende von 100 DM mit der Bitte, mir regelmäßig den „RotFuchs“ zuzusenden. Weitere Spenden für die Unterstützung der Aufklärungsarbeit werden folgen. Bisher erhielt ich den „RotFuchs“ durch die Vermittlung des Genossen Gerhard Müller.

Werner Held, Neubrandenburg

Lieber „RotFuchs“, seit der Nr. 1 bin ich Dein Leser und wieder einmal von Dir und dem, was in Dir steckt, begeistert. Deshalb ist es an der Zeit, mich mit einer „Sonderspende“ dafür und für die regelmäßige Zustellung zu bedanken. Nach der eigenen Lektüre finde ich leicht Interessierte, die ebenfalls schon auf Dich warten.

Hans Frobin, Berlin

Ernst Heinz schreibt in „RotFuchs“ Nr. 29 über drei Bücher von Hans Heinz Holz. Ich habe sie ebenso mit Genugtuung gelesen und stimme dem Gesagten im Wesentlichen zu. H. H. H. schildert dort die Härte des Klassenkampfes und die Diversionstätigkeit gegen die DDR, nicht nur von westdeutschen Organen, sondern auch von anderen imperialistischen Staaten. Nicht erwähnt werden allerdings die berüchtigten „Grauen Pläne“ zur kolonialen Unterwerfung der DDR, an denen seit 1952 gearbeitet wurde. Adenauer hatte hierzu am 1. 2. 1953 auf der Grünen Woche in Westberlin erklärt: „... damit sie eines Tages dazu beitragen können, den Osten zu kolonisieren. Ich habe das Wort 'kolonisieren' sehr bewußt ausgesprochen. Ich glaube, man wird dieser Aufgabe diesen Namen geben müssen.“ (Bul. 1. B. Nr. 22, 3. 2. 1953, S. 173)

Was in den letzten 10 Jahren geschehen ist, stimmt völlig mit Adenauers Meinung überein. Die drohende Gefahr war der Führung der DDR bewußt und wurde auch vom MfS in Rechnung gestellt.

H. H. H. schreibt in einem Nebensatz (Sozialismus statt Barbarei, S. 104): „... Woraus sich auch die Aufblähung und Verselbstständigung der Sicherheitsorgane erklärt“. Diese beiden Begriffe bedürfen zusätzlicher Klärung.

Zur „Aufblähung des Apparats“. Leitende Mitarbeiter der Abteilung Sicherheit des ZK der SED bemerkten in dem Buch „Das große Haus“, im Zusammenhang mit der Umwandlung des MfS in das Amt für Nationale Sicherheit folgendes: „Die neuen Bestrebungen gingen dahin, sich von Aufgaben zu trennen, die diesem Ministerium nicht zustanden ... Zum Komplex des MfS gehörten Dienstbereiche, die in anderen Ländern von selbständigen Behörden oder privaten Unternehmen wahrgenommen werden: der Personenschutz, die Bewachung von Regierungsgebäuden, der Schutz und die Beschaffung von technischem 'know how', Staatsschutzbereiche bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz, Paßkontrolle an den Grenzen, Militärischer Abschirmdienst u. a. ... Selbst in diesem Ministerium mußte der allgemeine Mangel an Handwerkern 'innerbetrieblich' ausgeglichen werden.“ (S. 193)

Wenn es um die Frage der „Aufblähung“ geht, dann addiere man in der heutigen BRD die Mitarbeiter aller staatlichen antikommunistischen Sicherheitsorgane, das Personal der Sicherheitsabteilungen der Konzerne sowie die privaten Wachdienste und Detekteien, um zahlenmäßige Vergleiche ziehen zu können. Zur „Verselbstständigung der Staatssicherheitsorgane“. Bewußt wurde in der DDR von „Schild und Schwert“ der Partei und des Staates gesprochen. Als auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 von der Umwandlung des MfS in ein AfNS und der Bildung eines separaten Verfassungsschutzes die Rede war und der Modrow-Regierung entsprechende Schritte übertragen wurden, bestätigte sich, daß es eine „Verselbstständigung des MfS“ nicht gegeben hat.

Wichtig ist für Linke heute und morgen: Ein künftiger sozialistischer Staat wird ohne die notwendige

Sicherheit den Klassenkampf nicht erfolgreich führen können.

Günter Bergmann, Königs Wusterhausen

Aus dem Urlaub zurückkehrend, habe ich inzwischen den Zeitungsstapel aufgearbeitet. Als erstes kam natürlich die Juni-Ausgabe des „RotFuchs“ an die Reihe. Im Gegensatz zum ND und leider auch zur UZ muß man sich hierbei ja nicht ärgern. Es ist immer wieder eine große Ermutigung, die oft kritischen, von einem festen Klassenstandpunkt aus geschriebenen Artikel zu lesen. Euer „RotFuchs“ trägt - neben meinen Genossen in Sachsen-Anhalt - wesentlich dazu bei, daß ich meine 1993 getroffene Entscheidung, Mitglied der DKP zu werden, noch nicht bereut habe. Essen macht einem dies ja nicht gerade leicht. Zur Unterstützung Eurer wichtigen Arbeit sende ich Euch 50 DM; sollte das auch noch für die neue CD-ROM Januar-Juni 2000 des RF reichen, würde ich mich freuen. Klaus Neuber, Bad Dürrenberg

Die Hauptaufgaben, die der „RotFuchs“ erfüllen möchte, sind nicht nur einleuchtend, sondern auch dringend erforderlich. Die Sammlung und Stärkung der marxistisch-leninistischen Kräfte steht dabei sicher ganz im Vordergrund. Das braucht gewiß Zeit, Geduld und eine umfassende theoretische Arbeit. Als ein erstes Zeichen für meine Bereitschaft, den „RotFuchs“ aktiv zu unterstützen, lege ich diesem Schreiben Briefmarken im Wert von 25 DM bei. Mehr ist gegenwärtig leider nicht möglich.

Was das Thema „Die Lage der Nation“ betrifft, so ist es wohl kaum in einem kurzen Beitrag und wohl auch nicht durch einen Autor zu bewältigen. Ich könnte mir jedoch eine Diskussionsseite im „RotFuchs“ vorstellen, die langfristig angelegt sein sollte, und wo aus marxistischer Sicht die politische, ökonomische, soziale und kulturelle Lage der deutschen Nation beleuchtet wird. So könnte in einem längeren Zeitraum ein einigermaßen klares Bild über Gegenwart und Zukunft der Bürger der BRD entstehen. Als Marxisten-Leninisten wissen wir, daß sich die Nation auf dem Weg in die Katastrophe befindet. Das Denken der absoluten Mehrheit aber liegt weit weg von diesem Sachverhalt. (...)

Tatsache ist m. E. aber auch, daß die deutschen Marxisten-Leninisten den Fragen der Nation, der gesamten nationalen Problematik nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt haben. Auch das wurde von den Fachisten ausgenutzt. Die Entwicklung des transnationalen Monopolkapitalismus, der Weg der EU sowie die verschärfte Ausbeutung der ärmeren Regionen der Welt - das alles ist m. E. ein günstiger Nährboden für die Wiederbelebung von Nationalismus und Faschismus. Aus diesen und anderen Überlegungen habe ich das Thema „Die Lage der Nation“ ins Gespräch gebracht.

Prof. Kurt Tiedke, Frankfurt/Oder

Ein paar Bemerkungen zum Brief Erich Honeckers aus Moskau (17. Juli 1991), den Ihr im Juni-„RotFuchs“ veröffentlicht habt: Als Mitbegründer des „Solidaritätskomitees Freiheit für Erich Honecker“ und langjähriger Freund Werner Cieslaks kann ich berichten, daß dieser das Schreiben seinerzeit allen Mitgliedern des Komitees und auch geeigneten Medien in der Hoffnung auf Veröffentlichung zugeleitet hat. Ich finde es gut, daß Ihr den Brief gebracht habt. 1991 war die Solidaritätsbewegung für die politisch Verfolgten aus der DDR bei uns noch klein. Wir haben im Februar jenes Jahres Margot und Erich im sowjetischen Militärhospital in Beelitz besucht und waren hier Angriffen aller Art (bis zur Morddrohung) ausgesetzt. Ich selbst habe durch die DDR 40 Jahre Solidarität erhalten und fühle mich verpflichtet, mit den politisch Verfolgten aus der DDR ebenfalls Solidarität zu üben. (...)

Erich Schreier, Rößenbach/Pegnitz

Ich bedaure es sehr, daß man den Genossen Hans Fischer auf dem 15. Parteitag nicht hat reden lassen.

Wie sollen denn Ost und West in dieser Partei zusammenwachsen, wenn konstruktive Beiträge hochverdienter Genossen aus der DDR - Hans ist immerhin Nationalpreisträger - nicht gehalten werden können. Wir hätten Hans auch gerne im Parteivorstand gesehen und sind davon überzeugt, daß seine Mitarbeit für die Sache von großem Nutzen gewesen wäre. (...)

Wir freuen uns über die Wünsche vieler „Außenstehender“, den „RotFuchs“ zu erhalten, und sorgen selbst dafür, daß die Zahl der Bezieher ständig wächst. Allerdings stelle ich bei etlichen Genossen, die ich aus früherer Verbundenheit schätze, die Reaktion fest: „RotFuchs“-Ja, DKP-Vorbehalte. Das hat natürlich vielfältige Ursachen. Vielleicht kann uns der „RotFuchs“ - besser als die UZ - künftig bei der Mitgliederer Gewinnung helfen. Im übrigen war auch die Juni-Ausgabe wie immer „olditschno“!

Karl-Heinz Reinhardt, DKP-Gruppe Leipzig

Durch die Vermittlung eines guten Freundes erhielt ich Ihre sehr interessante Zeitung „RotFuchs“. Herzlichen Dank für die steten Bemühungen der im Impressum aufgeführten Mitarbeiter um die Gestaltung des Blattes. An den Artikeln, die generell von Objektivität zeugen, kann man sich immer wieder etwas auffrischen. Als kriminalisierter „Strafrentner“ möchte ich zumindest die Postgebühren für ein Jahr überweisen.

Hans Kusche, Berlin

Meine Meinung zum Beitrag „Das Schweigen des Revolutionärs“ in RF Nr. 29:

Ich zieh' den Hut vor so viel Mut!

Herbert Heinze, Dresden

In der Juni-Ausgabe des „RotFuchs“ heißt es, daß sich eine einheitliche starke Partei aller deutschen Kommunisten und Linksozialisten nur im Ergebnis eines Prozesses formieren kann, der die Kräfte zusammenführt. „Das muß von unten wachsen und von oben gefördert werden“, schreibt Klaus Steiniger dazu treffend.

Von unten, merkt man, gibt es ein zunehmendes Bedürfnis nach gemeinsamen Handeln zwischen DKP-, KPD- und PDS-Genossen, Sympathisanten und Anhängern. Man spürt das in Berlin immer mehr. Aber wie sieht es mit der so dringend notwendigen Förderung dieses Prozesses „von oben“ aus? Worin besteht z. B. der positive Beitrag des DKP-Parteivorstandes? Die KPD brachte in einem Brief an den 15. DKP-Parteitag, den „Die Rote Fahne“ veröffentlichte, den Wunsch nach erspürlicher Zusammenarbeit zum Ausdruck. Gibt es schon eine Antwort des PV der DKP, worin besteht sie?, fragen wir hiemit gewissermaßen „von unten“. Denn: Wir haben es nach über einem Jahrzehnt satt, kräftezersplitternd, von den Leitungen her unabgestimmt, also weiterhin getrennt zu kämpfen. Ideologische Meinungsverschiedenheiten wird es auch in Zukunft geben, aber praktisch handeln müssen wir gemeinsam.

Da wir leider mit unserem Anliegen in der UZ wenig Gehör finden, dafür aber viele „Wenn“ und „Aber“ gegen die DDR spüren, wenden wir uns als Kommunisten aus der SED an den „RotFuchs“, der inzwischen als eine angesehene, kämpferische DKP-Zeitung nicht nur im Osten, sondern weit darüber hinaus Vertrauen erworben hat. Damit er stets wieder kommt und immer bei uns bleibt - 50 DM für unsere Zeitung. Anny und Alfred Wagner, Berlin

Herzlichen Dank für die neuerliche „RotFuchs“-Sendung, auf die ich mich schon sehr gefreut hatte. Anbei ein Nachschub an Briefmarken. Eure klare Sprache tut gut und ist dringend notwendig. Ich wünsche Euch weiteres gutes Gelingen und noch mehr Leser. Dr. Hansjörg Schneider, Bremen

Ich möchte eine Bemerkung zu der am 17. Juni 2000 im ND veröffentlichten Erklärung der PDS-Politiker

Dietmar Bartsch und Petra Pau „Niederschlagung der Protestbewegung - Kainsmal der DDR“ machen. Die „junge Welt“ nannte die Absichten der beiden Verfasser: „Ankommen im Westen, Annäherung an die von den Siegern geschriebene Wahrheit, Anbieten bei den Vertretern des politischen Mainstreams“. Wer sich mit der Geschichte Deutschlands nach dem 8. Mai 1945, den vier Besatzungszonen und den späteren Staaten BRD und DDR beschäftigt, wird zu anderen Ergebnissen kommen, als es jetzt in den Schulen gelehrt und in Medien wie Literatur dargestellt wird. Wenn man - wie die SED - politisches und wirtschaftliches Neuland beschreitet, dann muß man an Gabelungen oft erst den richtigen Weg suchen. Man wird ihn nicht immer auf Anhieb finden und hat das Recht auf selbstvorgenommene Korrekturen. (...) Vor dem 17. Juni 1953 befand man sich an einer solchen Kreuzung. Am 9. und 11. Juni wurden auf Beratungen der Parteiführung und der Regierung der DDR Fehlerkorrekturen beschlossen, die unter dem Begriff „Neuer Kurs“ in die DDR-Geschichte eingingen. Aber die Arbeiter erfuhren davon erst zwei Wochen später. In die angestaute Verzögerung bliesen die Macher des Kalten Krieges.

Ich habe den 17. Juni 1953 in Leipzig miterlebt. Hätte nicht die Volkspolizei, unterstützt durch einige sowjetische Panzer, den nachweislich von Kräften aus der BRD und Westberlin aufgeputschten Mob gestoppt und die wichtigsten öffentlichen Gebäude gesichert, dann wären die Nazi- und Kriegsverbrecher wie jene Ravensbrück-Außererlin Dorn in Halle aus den Gefängnissen geholt, Kaufhäuser geplündert und Parteisitze in Brand gesteckt worden. Dann hätte man Kommunisten und andere Antifaschisten, die vorher nicht in den Konzentrationslagern vernichtet worden waren, sicher totgeschlagen - wie den Genossen Wilhelm Hagedorn in Rathenow. Dann hätte es schon seit 1953 keine DDR mehr gegeben und die Leute, die uns heute beglücken, wären schon damals mit einer „innerdeutschen Polizeiaktion“ bei uns eingetrückt. Oder es wäre zum 3. Weltkrieg gekommen.

Wer - wie Dietmar Bartsch und Petra Pau - die Geschichte nicht kennt, vermag die Gegenwart nicht zu beurteilen und die Zukunft nicht zu gestalten.
Günter Werzau, Schwedt

Dieser deutsche Staat nervt! Immer, wenn ich „Freie Marktwirtschaft“ höre, kommen mir folgende Gedanken:

Es wird gelogen, betrogen und verschoben.
Es wird manipuliert, korumpiert, geschmiert, kompromittiert, kriminalisiert, spekuliert und abkassiert.
Das ist die „Freie Marktwirtschaft“, die sich den Staat zum Helfer macht!
Und schreien sie nach Menschenrecht, Freiheit und Demokratie, dann wollen sie immer die Hegemonie!
Helmy Marvan, Berlin

Als „Kontrastprogramm“ zu Eurem Artikel „Dulles gab das Signal“ in RF Nr. 29 hat mich der Beitrag von Peter Kirschey, der am 24./25. Juni 2000 („Zwei Versionen über den Beginn des Infernos“) im ND erschien, aufgebracht. Vermittelt er doch dem etwas oberflächlichen, unkritischen Leser den Eindruck: Die Kommunisten - die Nordkoreaner, die Sowjets und die Chinesen - waren die Initiatoren dieser politisch motivierten Massenschlächtere. „Beide Seiten waren für einen Waffengang gerüstet, auf beiden Seiten tobte eine scharfe Propagandaschlacht, hofften die USA und die Sowjetunion gleichermaßen, mit einem Blitzkrieg vollendete Tatsachen zu schaffen“, bedient Herr Kirschey bekannte Klischees. Und der ND-„Koreaspezialist“ weiß auch ganz genau, wo der Aggressor zu suchen ist: „Der tatsächliche Kriegsverlauf spricht zumindest dafür, daß der erste Sturm vom Norden ausging. Er ist der Angreifer“ ...
So kann man m. E. ebenso raffiniert wie hinterhältig („überparteilich“!!!) Menschen beeinflussen. Sollte

man dagegen nicht klar Position beziehen, evtl. auch im „RotFuchs“? Oder bin ich „verwerflicher kommunistischer Propaganda“ aufgesessen? (...)
OMR Dr. med. Günther Lange, Neuenhagen

Zu dem Beitrag „Dulles gab das Signal“ (RF Nr. 29) gibt es eine Parallele aus jüngster Zeit. Bekanntlich ist Präsident Clinton mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden (!!!). Jetzt war zu erfahren (natürlich nicht aus der BILD-Zeitung oder anderen großbürgerlichen Blättern), daß es um Haaresbreite zu einem neuen Korea-Krieg gekommen wäre, der nach Schätzung des südkoreanischen Präsidenten Kim Dae Jung mindestens 10 Millionen Menschenleben gekostet und die Fernostregion exemplarisch destabilisiert hätte.

Clinton hatte allen Ernstes in Erwägung gezogen, die nordkoreanischen Nuklearzentren anzugreifen! Südkoreas Präsident telefonierte rund 30 Minuten mit Washington und redete Clinton die Absicht aus (nachdem es mit „Präventivschlägen“ gegen Jugoslawien so gut geklappt hatte, wollte man offenbar die Bühnengleich andernorts fortsetzen). Ausschlaggebend für Clintons Einlenken dürfte Südkoreas Weigerung gewesen sein, seine Truppen in Stärke von 670 000 Mann für diesen Krieg zur Verfügung zu stellen. Die Amerikaner unterhalten dort „lediglich“ 37 000 Soldaten.

Die Reise des südkoreanischen Präsidenten in den Norden und die dortigen Gespräche mit Kim Jong Il lassen hoffen, daß dieses politische Spannungsfeld endgültig entschärft wird. Dem aber wollte Clinton wohl durch einen Präventivschlag zuvorkommen.

Gerhard Moest, Leipzig

Ich wares endgültig leid und habemein ND-Wochenda-Bo gekündigt. So kann ich ein paar Briefmarken an Euch, an „offensiv“ und an die „Mitteilungen der KPF“ schicken.

Rote Grüße aus dem auf vielen Gebieten brachliegenden Ruhrgebiet.

Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen

Liebe „RotFuchs“, danke für Eure interessanten und spannenden Beiträge. Anbei eine kleine Spende. Schickt den „RotFuchs“ doch bitte auch an ... in Darmstadt ...

Margret Hamm, Offenbach

Wenngleich die Artikel im „RotFuchs“ überwiegend meine Zustimmung finden und ich die Zeitung für unverzichtbar in der politischen Arbeit eines Kommunisten halte, habe ich zum Artikel Klaus Steinigers „Neue 20-Prozent-Partei?“ (Nr. 29) Fragen, Bedenken und z. T. auch gegensätzliche Auffassungen. Mir stellt sich die Frage, inwieweit es gerechtfertigt und zweckmäßig ist, eine Umfrage der bürgerlichen Medien zu nutzen, um die Möglichkeit und Notwendigkeit einer „radikalen neuen Linkspartei“ ins Gespräch zu bringen. (...) Unabhängig davon und von der fehlenden politischen Begründung der Bildung einer neuen Linkspartei ist der Zeitpunkt der Popularisierung dieses Gedankens äußerst ungünstig. Anfang Juni 2000 tagte der 15. Parteitag der DKP. Ein Kernproblem dort war die allseitige Stärkung der Partei und die Verabschiedung eines entsprechenden Beschlusses. Wiemag die Orientierung auf eine „neue Partei links von SPD und PDS“ auf die Mitglieder der DKP und die Menschen wirken, die sich evtl. auf dem Wege zu dieser Partei befinden? Noch dazu, da der DKP pauschal die Fähigkeit abgesprochen wird, „dem Wunsch eines Fünftels der Deutschen entsprechen zu können“. (...)

Natürlich lassen die politisch-ideologische, organisatorische und mitgliedermäßige Stärke der DKP sowie ihre politische Wirksamkeit viele Wünsche offen. Aber es bleibt die Tatsache, daß die DKP die zahlenmäßig stärkste kommunistische Partei in Deutschland ist, und sie darüberhinaus wesentlich kommunistische Grundpositionen vertritt. (...)

Allein die Vorstellung, die Mehrheit der über 5 000 „RotFuchs“-Leser würde sich der DKP anschließen, läßt erahnen, was das für die Stärkung der DKP und ihres Einflusses auf die Bildung einer einheitlichen kommunistischen Partei bedeuten könnte. (...)

Werner Hellmund, Kiez

Vielen Dank für Eure Antwort auf meine Frage zur gemeinsamen Parteiperspektive in Deutschland: Ich würde dennoch etwas „Antreiben“ für nützlicher halten - im Gegensatz zur faktischen „Abtreibung“ oder Nichtbehandlung der Problematik auf dem Parteitag der DKP. Entgegen auch der Ankündigungen im Antrag des PV, über eine gemeinsame „historische Perspektive“ als Synthese aus Erkenntnissen in Ost und West, als „Chance“ und „Aufgabe“ nachzudenken. Aufschieben und Ausweichen bringt nichts voran. Willi Belz, Kassel

Es mag zwar abgedroschen klingen, ist es aber nicht: Ich sage ein herzliches Dankeschön für die regelmäßige Zusendung des „RotFuchs“. Als Laie kann man es sich kaum vorstellen, was an Arbeit „dranhängt“, bevor der RF im Hausbriefkasten landet. Der „RotFuchs“ muß weiterhin kräftig zubeißen. Wenn es sein muß, auch im eigenen Revier! Nur so kann er sein Territorium verteidigen. Ein paar Marken anbei.

Dieter Bartsch, Berlin

Ich wünsche Euch Gesundheit und Schaffenskraft bei Eurer aufopferungsvollen propagandistisch-agitatorischen Arbeit, die so erfolgreich gegen den Imperialismus - den Welt- und Menschenfeind Nr. 1 - gerichtet ist. Anbei etwas Futter für den „RotFuchs“, damit er unter die Leute kommt. Glück auf und Rot Front!

Herbert Lindner, Eckartsberga

Mit der Kunst kann man kämpfen. Kunst ist Waffe! Ihr seid Künstler des Wortes und auch Verleger, wenn Ihr Schriftstellern, Journalisten und Bildenden Künstlern die Möglichkeit verschafft, ihre Meinung zu sagen. Deshalb: Grenzenlose Freiheit für den „RotFuchs“!

Arno Fleischer, Berlin

Ich hoffe, meine Spende von 100 Mark trägt etwas dazu bei, daß der „RotFuchs“ noch weitere Verbreitung findet. Und daß damit eine wichtige Stimme im Klassenkampf nicht verstummt.

Lutz Müller, Braunschweig

Meine Frau brachte mir die neueste Ausgabe Eurer Zeitung ins Krankenhaus. Natürlich werden wir - unseren Möglichkeiten entsprechend - den weiteren Vertrieb des Roten Fuchses unterstützen. Es ist doch ein gutes Zeichen, daß eine ständig wachsende Leserschaft dessen Meinung kennenlernen möchte. Sicher seid Ihr Euch darüber im klaren, daß sich damit auch der Kreis interessierender Themen vergrößern wird. Es ist wie eine Spirale ...

Manfred Fischer, Berlin

Wer 1989 noch zweifelte (auch ich tat es!) - heute wissen wir es genau: Das Ziel der „Bürgerrechtler“ und ihrer Hintermänner war nicht die Verbesserung des Sozialismus, sondern seine Beseitigung. Darauf wurde sowohl in Erich Honeckers Brief als auch von K. St. („Neue 20-Prozent-Partei?“ / RF Juni 2000) hingewiesen. Das Aufgehen der DDR in der kapitalistischen BRD war ein Akt der Kontrevolution. Zur schnellen Wiederherstellung des Kapitalismus im Osten gehörte auch die, wie mir schien, plötzliche Auflösung des FDGB, dem ich als in Dresden ausgebildeter Westberliner Eisenbahningenieur damals noch angehörte. Die Liquidierung des FDGB war den Kapitalisten sehr recht, weil er auch die Sozialversicherung unter sich hatte. Jetzt gibt es in der früheren DDR viele Kassen, die die Patienten ausbeuten.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Herzlich gratulieren der Gruppenvorstand Nordost und die „RotFuchs“-Redaktion dem bekannten Historiker und Publizisten

Dr. Eberhard Czichon,

Vorsitzender der Bezirksschiedskommission der DKP Berlin, zu seinem 70. Geburtstag am 8. August 2000.

Solidarischen Gruß und herzlichen Glückwunsch zum Freispruch den Genossen **Dr. Hans-Joachim Böhme** und **Siegfried Lorenz!**

Redaktionsschluß für diese Ausgabe: 10. Juli 2000
Und für die nächste Ausgabe: 8. August 2000

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Die DKP-Gruppe Berlin Nordost lädt Mitglieder, Sympathisanten und Gäste für **Dienstag, den 22. August 2000, um 19.00 Uhr** zu einer öffentlichen Veranstaltung in das Haus am Franz-Mehring-Platz ein.

Wir behandeln Lenins Werk „Der 'linke' Radikalismus - Die Kinderkrankheit im Kommunismus“.

Es spricht **Dr. Günter Szalkiewicz**.

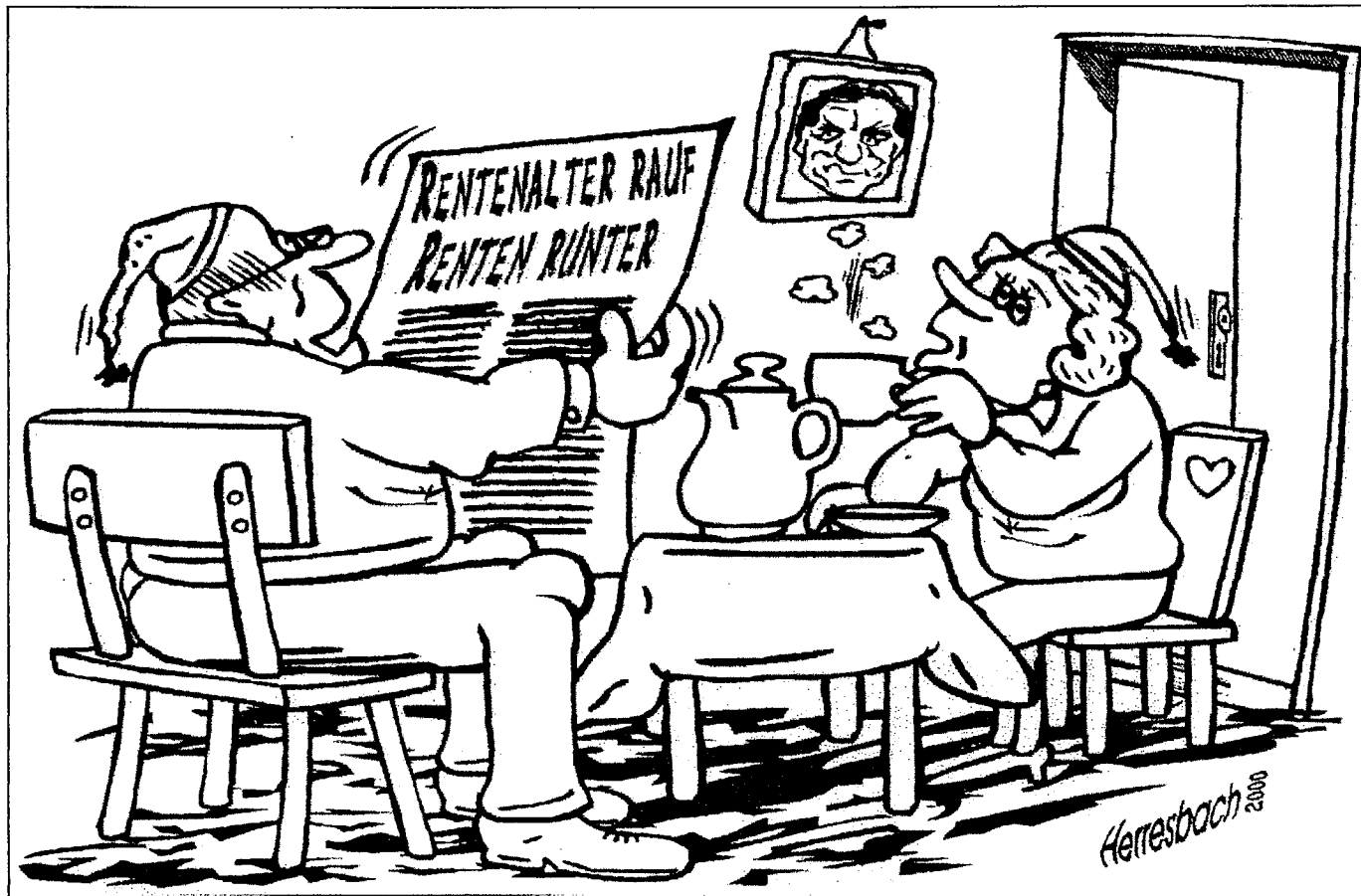
Achtung, „RotFuchs“-Leser bitte vormerken!

Am 28./29. Oktober 2000 findet im Blauen Salon des alten ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz eine international besetzte gemeinsame Konferenz der Zeitschriften „offensiv“ und „RotFuchs“ zu verschiedenen Aspekten der zeitgenössischen Imperialismus-Analyse statt. Einzelheiten werden später bekanntgegeben. Alle „RotFuchs“-Freunde sind schon jetzt herzlich eingeladen.

Am Sonntag, dem 20. August 2000, findet in der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals anlässlich des 56. Jahrestages der Ermordung des unbeugsamen Arbeiterführers die traditionelle Kundgebung statt.

Es spricht: **Laura von Wimmersperg**

Beginn: 11.30 Uhr



IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

REDAKTEUR (ViSdP):

Dr. Klaus Steiniger

Teterower Ring 37

12619 Berlin

Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andrä,

Eberhard Bock

Matthias Bublitz

Wolfgang Clausner

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Arno Fleischer

Walter Florath

Ernst Heinz

Heinz Herresbach

Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott

Monika Kauf,

Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf

Wolfgang Metzger

Dr. Annemarie Mühlefeldt

Frank Mühlefeldt

Armin Neumann

Dr. Norbert Pauligk

Rainer Rupp

SHAHAR

Harry Schmitt †

Karl-Eduard v. Schnitzler

Dr. Hartwig Strohschein

Herbert Thomas

Dr. Ing. Peter Tichauer

Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.